

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Zechenstr. 11, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,60 Rmk., monatlich 1,75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmk. Durch die Post einsch. Zustellungsgebühren 2,40 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Wohnungsangelegenheiten, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Gegen die Willkür der Zechenherren.

Große Anfrage der Sozialdemokratie wegen der willkürlichen Zechenstilllegungen.

Berlin, 11. Juni. (Eigener Bericht.)

Im Ruhrgebiet sind in den letzten Monaten trotz des Widerstandes der Sozialdemokratie fortgesetzt Versuche zur Stilllegung von Zechen gemacht worden. Die Folge derartiger Stilllegungen wäre erhöhte Arbeitslosigkeit. Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat gegen die Willkür der Zechenbarone jetzt einen energischen Vorstoß unternommen. Sie hat im Plenum des Landtages folgende Große Anfrage eingepreist:

„Die Verwaltungen mehrerer großer Bergwerksgesellschaften des Ruhrreviers haben in letzter Zeit Anträge auf Zechenstilllegung, Kündigung und Entlassung einer größeren Anzahl Belegschaftsmitglieder bei den Regierungen in Düsseldorf und Aachen gestellt. Außerdem haben die Verwaltungen angezeigt, auch ohne Zechenstilllegungen die Kündigung und Entlassung einer großen Zahl der Belegschaft vornehmen zu wollen.“

Die Harpener Bergbau A.-G. will die Zeche „Roland“ in Oberhausen mit einer Belegschaft von rund 400 Mann stilllegen und die Bergarbeiter entlassen. Der Rülheimer Bergwerksverein A.-G. hat die Stilllegung der Zeche „Hagenbeck“ in Essen mit einer Belegschaft von rund 1700 Mann beantragt. Außerdem wird die Stilllegung der Zeche „Humboldt“, die dem Rülheimer Bergwerksverein A.-G. gehört, ernstlich erwogen.

Der Aufsichtsrat der Bergwerks-A.-G. Reddinghausen hat in seiner Sitzung am 2. Juni 1928 beschlossen, 1450 Mann von der dortigen Belegschaft zu kündigen und zu entlassen. Die Harpener Bergbau A.-G. hat ferner die Entlassung von 600 Bergarbeitern der Zeche „Preußen II“ in Pönnen und 150 Bergarbeitern der Zeche „Caroline“ in Harpen (bei Bochum) angezeigt. Außerdem wurde dem Betriebsrat mitgeteilt, daß die völlige Stilllegung der Zeche „Preußen II“ kurz bevorstehe.

Die zur Friedrich Krupp A.-G. gehörende Gesellschaft „Konstantin der Große“, Bochum, beabsichtigt, die Schächte „Konstantin der Große III“ und „VIII/X“ im Laufe des Monats Juli stillzulegen und die Beteiligungsziffer auf die Schächte „Konstantin VI/VII“ zu übertragen. Durch diese Maßnahme sollen 2000 Bergarbeiter entlassen werden.

Die Verwaltung der Zeche „Anker Frik“ in Gelsenkirchen, den Mannesmann-Röhrenwerken A.-G. gehörend, zeigte die Entlassung von rund 1000 Bergarbeitern an. Ebenfalls beabsichtigt die Verwaltung der Zeche „Graf Bismarck“ (Deutsche Erdöl A.-G.) 800 Bergarbeiter zu entlassen.

Schon die Ankündigung dieser beabsichtigten Stilllegungen und Bergarbeiter-Entlassungen haben im Ruhrrevier unter den Bergarbeitern und der übrigen Bevölkerung große Sorge, starke Empörung und Erbitterung wachgerufen. Die beabsichtigte Stilllegung der Zechen „Roland“, „Hagenbeck“ und der Konstantin-Schächte bedeutet nichts anderes als den Versuch, die auf diesen Zechen ruhenden Beteiligungsquoten auf andere, den Gesellschaften gehörenden Gruben, zu übertragen, um noch größeren Profit für die Aktionäre herauszuholen.

Wir fragen daher: 1. Ist das Staatsministerium bereit, Maßnahmen zu ergreifen, wodurch die spekulative Uebertragung der Beteiligungsziffer stillgelegter Zechen auf andere, den Gesellschaften gehörenden Schächte verhindert wird? 2. Ist das Staatsministerium bereit, auf den Aufsichtsrat der Bergwerks-A.-G. Reddinghausen dahingehend einzuwirken, daß die beabsichtigte und bereits ausgesprochene Kündigung der 1450 Bergarbeiter zurückgenommen wird?

Parker Gilbert berichtet wieder.

Für endgültige Festsetzung der Reparationssumme.
Der Reparationsagent Parker Gilbert fordert in seinem zweiten Halbjahresbericht für 1927 zunächst die Erhöhung der Eisenbahntarife. Er sagt dann weiter, daß der deutsche Außenhandel die Tendenz zeige, sich mit Hilfe von ausländischen Krediten zu finanzieren und deshalb die Voraussetzungen für weitere Auslandskredite geschaffen werden müßten. Zu diesem Zweck seien die Reparationsverpflichtungen Deutschlands endgültig festzulegen. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Das fundamentale Problem, das noch übrig bleibt, ist die endgültige Festsetzung von Deutschlands Reparationsverpflichtung.“

Es muß zu einem endgültigen Uebereinkommen auf der Basis gegenseitiger Verständigung kommen und zwar, um die Schlüsselworte des Sachverständigenberichts zu wiederholen, sobald es die Umstände möglich machen.“

Wir kommen auf den Bericht noch zurück.

Berlin, 12. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Der Forderung des Reparationsagenten nach einer endgültigen Festsetzung der von Deutschland zu entrichtenden Kriegsschuld sind Erörterungen Parker Gilberts über einen bestimmten Plan mit den interalliierten Mächten vorausgegangen. Von äußerst zuverlässiger Seite erfahren wir dazu, daß sowohl Poincaré wie Mussolini, diesem Plan, der eine Tilgung der auf 20 Milliarden festzusetzenden Kriegsschuld innerhalb 36 Jahren vorsieht, im großen und ganzen ihre Zustimmung gegeben haben. Starke Widerstand erhebt bisher jedoch die belgische Regierung. Sie wendet sich sowohl gegen die Höhe der Summe als auch gegen die Art der Tilgung. Belgien würde nach den Plänen Parker Gilberts ein Fünftel seiner bisherigen Forderungen an Deutschland einbüßen. Es erhält von Deutschland in der Tat mehr Reparationen als es an Amerika an Kriegsschulden zu zahlen hat. Es kommt hinzu, daß es bereits jetzt für den Wiederaufbau vier mal so hohe Beiträge verausgabt hat, als es an Reparationen erhält.

Es ist auch Parker Gilbert während seines kürzlichen Aufenthaltes in Brüssel nicht gelungen, den Widerstand der belgischen Regierung gegen seinen Plan zu beheben. Falls es dennoch gelingen sollte, die Absicht des Reparationsagenten durchzusetzen und im Zusammenhang damit einen Teil der Eisenbahnobligationen zu mobilisieren, soll zwischen 1929 und 1930 die restlose Räumung der besetzten Gebiete vor sich gehen.

Hermann Müller soll annehmen

Berlin, 11. Juni. (Eigener Bericht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat Montag nachmittag zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Er besteht aus Hermann Müller-Franken und Dittman als geschäftsführenden Vorsitzenden, Henke, Scheidemann und Wels als weitere Vorsitzenden, Dr. Herz als Sekretär und Aufhäuser, Breitscheid, Crispian, Graßmann, Hildenbrand, Dr. Hilferding, Frau Juchacz, Löbe, Schumann-Frankfurt und Stampfer.

Nach einem Referat von Hermann Müller-Franken und einer kurzen Aussprache erklärte sich die Fraktion damit einverstanden, daß Hermann Müller-Franken eine Berufung des Reichspräsidenten zur Bildung der Reichsregierung annimmt und die entsprechenden Verhandlungen mit den dafür in Betracht kommenden Parteien einleitet.

Ein Beschluß der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die deutsch-nationale Presse betrachtet mit der Erteilung des Auftrages an Hermann Müller den „Kampf um die Ministerportefeuilles“ als eröffnet. Sie kennt wiederum nur die „Futtertruppe“, von der ihre Minister jetzt schweren Herzens scheiden müssen. Von deutsch-nationalen Standpunkt aus durchaus mit Recht. Wer entsetzt sich nicht der widerlichen Szenen um die Ministerische anläßlich der Bildung des Bürgerblocks? Insbesondere im deutsch-nationalen Lager ging es drunter und drüber, bis dem persönlichen Streit um die Portefeuilles schließlich durch eine geheime Abstimmung ein Ende gemacht wurde. Nicht durch das Vertrauen der Fraktion, sondern durch den Stimmgabel sind die deutsch-nationalen Minister in das Kabinett Marx delegiert worden.

Der Sozialdemokratie kommt es zunächst auf das sachliche Programm an; erst dann werden die Minister zu bestimmen sein. In diesem Sinne wird auch Hermann Müller vorgehen, wenn er am Dienstag den Auftrag zur Bildung einer Regierung erhalten hat. Er wird in völliger Uebereinstimmung mit der Sozialdemokratischen

Reichstagsfraktion zunächst mit den Führern des Zentrums, der Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei Führung nehmen, ihre Wünsche hören und gleichzeitig die Auffassung seiner Fraktion vertreten. Die Meldungen, daß er bereits sachliche Verhandlungen mit einzelnen Parteiführern aufgenommen hat und diese Erörterungen sehr weit gediehen sind, entsprechen keineswegs den Tatsachen. Erst am Dienstag wird Müller mit Guérard, Scholz, Koch und Lecht in die erforderlichen sachlichen Erörterungen eintreten. Insofern eilen auch alle Meldungen über die voraussichtliche Verteilung von Ministerportefeuilles, die Ansprüche der Sozialdemokratie auf bestimmte Ämter und die Nominierung sozialdemokratischer Ministerkandidaten den Tatsachen voraus.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich bisher mit der Benennung von Ministerkandidaten nicht einen Augenblick befaßt. Sie wird dazu erst Gelegenheit nehmen, wenn über das sachliche Programm eine Verständigung erzielt ist.

Eine große Amnestie geplant.

Eine unter Führung der Sozialdemokratie stehende Reichsregierung wird voraussichtlich sofort nach ihrem Antritt und Uebernahme der Geschäfte mit den Ländern zur Erörterung über eine Amnestie in Verbindung treten. Es ist selbstverständlich, daß gemeine Verbrecher von dieser Amnestie ausgeschlossen sind. Als solche Verbrecher sind beispielsweise die Fememörder und die kommunistischen Mordgesellen aus Glaucha bzw. Hamburg zu betrachten.

Bürgerlicher Klatsch um die Regierungsbildung.

In der bürgerlichen Presse werden über die Zusammensetzung der künftigen Regierung die verschiedensten Meldungen verbreitet. Sie beruhen ausnahmslos auf Kombinationen und Vermutungen. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen oder sogar wahrscheinlich, daß Severing einer Regierung Müller als Innenminister angehört und auch Groener bzw. Stresemann Mitglieder eines solchen Kabinetts sind. Aber ob die Bayerische Volkspartei in der künftigen Regierung vertreten sei und die Deutsche Bauernpartei ihr angehören wird, muß zunächst geklärt werden. Das wird im Laufe der heute durch Hermann Müller eingeleiteten Verhandlungen geschehen. Ihr Ergebnis dürfte zeigen, welche Regierung möglich ist. Davon wird schließlich auch die Zusammensetzung des Kabinetts abhängen. Im eigenen Interesse der neuen Regierung und ebenso im Interesse des Reichstages ist zu wünschen, daß die notwendige Klärung der Lage schnellstens erfolgt, damit bald eine regierungsfähige Mehrheit auf die Beine gestellt und positive Arbeit geleistet werden kann.

Die Hugenbergpresse verfolgt bemüht die Absicht, die bevorstehenden Verhandlungen über die Regierungsbildung zu sabotieren. Sie hofft, dieses Ziel am besten durch die Verbreitung falscher Nachrichten zu erreichen. Das geschieht seit Tagen ganz systematisch.

Wir stellen deshalb nochmals mit Nachdruck fest, daß Müller bisher mit keinem Parteiführer über die Regierungsbildung sachliche Erörterungen gepflogen hat. Alle gegenteiligen Behauptungen sind frei erfunden.

Damit erledigen sich die Meldungen, daß man „unter der Hand“ schon zu positiven Ergebnissen über das Programm und die Zusammensetzung des künftigen Kabinetts gelangt ist, von selbst. Wie oft sollen wir diesen Schwindel der bürgerlichen Presse noch dementieren?

In der heutigen Ausgabe der neuerdings als rein völksparteilich geltenden „Täglichen Rundschau“ lesen wir im Zusammenhang mit der Neubildung der Regierung: „Es ist dringend wünschenswert, daß auch die Wirtschaftspartei zur Beteiligung an der Regierung aufgefordert wird, damit sie Gelegenheit erhält, ihren Zuwachs an Mandaten in praktischer und positiver Regierungsarbeit zu verwerten.“

Der Deutsche Bauernbund läßt die Meldung dementieren, daß der bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Fehr als Kandidat für das Reichsernährungsministerium aussersehen sei. Mit Fehr sei bisher von keiner Seite in der genannten Richtung Führung genommen worden. Wir können das nur bestätigen.

Das Zentrum stellt Richtlinien auf.

Aus unterrichteten Kreisen erfahren wir, daß der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages in seiner Montagfraktion eine ganze Reihe programmatischer Formulierungen aufgestellt hat, die heute im Verlauf der Besprechungen Hermann Müllers mit den Zentrumsführern angesprochen werden sollen. Es heißt, daß sich darunter auch eine Erklärung zur Schulfrage befindet. Die Formulierungen sind in der Hauptsache auf die tatsächliche Geistesfreiheit, und zwar in erster Linie auf den Zentrumsabgeordneten Dr. Schreiber, zurückzuführen.

Seh legt nieder — Krohne kommt in den Reichstag.

Der preussische Landtagsabgeordnete und Führer des preussischen Zentrums, Abg. Dr. Seh, hat sein Reichstagsmandat niedergelegt und so dem Führer des Verbandes der Windhorstbünde, Dr. Krohne, Gelegenheit zum

Die Reichsregierung zurückgetreten.

Berlin, 11. Juni.
Reichspräsident v. Hindenburg hat heute Vormittag um 10 Uhr Reichstagsler, Dr. Marx, empfangen, der ihm das Rücktrittsgesuch des Reichskabinetts unterbreitete. Der Reichspräsident nahm den Rücktritt an. Um 10 Uhr wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken vom Reichspräsidenten empfangen.

120 Chinesen ertrunken.

Nach Meldungen aus Hongkong hat bei dem Untergang des Flussdampfers „Kosha“, der sich auf dem Wege von Hongkong nach Kuchow befand, 120 Chinesen ertrunken. Das Schiff lief auf eine Sandbank und sank sofort. Etwa 320 Personen konnten gerettet werden.

Eintritt in den Reichstag gegeben. Dr. Krohne, der auf der Reichsliste des Zentrums stand, war unter vielen anderen auch ein Opfer der Niederlage dieser Partei geworden.

Das Zentrum zur Teilnahme bereit.

Der bisherige Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages nahm am Montag einen Bericht des Abgeordneten von Guérard über den Verlauf des Empfanges der Parteiführer durch den Reichspräsidenten entgegen. Guérard hat dem Reichspräsidenten gegenüber am Sonnabend unter anderem erklärt, daß die Zentrumsfraktion durchaus bereit sei, sich an Verhandlungen des mit der Regierungsbildung zu beauftragenden sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller in positivem Sinne zu beteiligen. Der Vorstand der Zentrumsfraktion stimmte dieser Auffassung zu.

Die Debatte über die Regierungserklärung im preussischen Landtag.

Berlin, 1. Juni. (Eigener Bericht.)

Der Preussische Landtag trat am Montag in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Für die Regierungsparteien gibt zunächst

Abg. Herold (Ztr.)

folgende Erklärung ab:

Die Sozialdemokratische Partei, das Zentrum und die Demokratische Partei billigen die Erklärung, die am 3. Juni durch den Herrn Ministerpräsidenten namens des Staatsministeriums abgegeben worden ist. Sie stimmen den Richtlinien der Regierung zu, die auf die soziale und kulturelle Hebung der breiten Volkskreise und Förderung der Wirtschaft hinführen. Sie hoffen mit dem Staatsministerium auf eine gedeihliche und vorwärtsdringende Zusammenarbeit mit dem Landtag. Sie sind insbesondere auch ihrerseits bereit, zu gegebener Zeit in eine Beratung über die Erweiterung der Regierungsbasis unter den vom Staatsministerium dafür angegebenen Voraussetzungen einzutreten.

Abg. Dr. von Winterfeldt (Dnat.): Die Regierung muß nach ihren Taten in den letzten Jahren beurteilt werden; danach bezweifeln wir aber, daß sie Preußen in die Höhe bringen wird. Die wirtschaftlichen Leistungen sind lediglich der Initiative der Wirtschaft zu danken. Die Flaggverordnung ist ein Eingriff in die Selbstverwaltung der Städte. Nur unter Schwarz-Weiß-Rot kommen wir wieder hoch.

Abg. Pöck (Komm.): Die Regierungserklärung zeigt, daß die Staatsregierung außerordentlich bescheiden geworden ist. Wir denken nicht daran, uns mit der Sozialdemokratie zu koalieren. Mittelungen über ein solches Angebot von unserer Seite sind plumper Schwindel. Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ab. Wir verlangen volle Amnestie für die politischen Gefangenen, lehnen aber die Freilassung der Gememörder ab. Wenn wir im Reichstag damals deren Amnestierung zustimmten, so geschah das nur, weil wir unter allen Umständen eine Amnestie durchsetzen wollten. Es wird unsere Aufgabe sein, den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften noch härter in die Parade zu führen als bisher.

Abg. Eichhoff (D.Vp.) gibt namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, aus der hervorgeht, daß die Deutsche Volkspartei auf dem Standpunkt steht, daß nach jeder Neuwahl die Regierung zurücktreten muß, um dem Landtag Gelegenheit zu geben, den Ministerpräsidenten neu zu wählen. Der Wahlausfall bedeute keine Stärkung der Regierungskoalition. Zu der Regierung in ihrer heutigen Zusammensetzung könne die Deutsche Volkspartei kein Vertrauen haben. Trotzdem sehe keine Partei keinen Anlaß, zu der Regierungserklärung im Augenblick eingehend Stellung zu nehmen.

Abg. Biester (Deutsche Fraktion) betont, daß der Mittelstand bisher vergeblich auf die immer versprochene Förderung von Seiten der Regierung gehofft habe.

Abg. Labandorf (Wirtschp.) ist der Auffassung, daß die Politik gegen die Kommunisten viel härter vorgehen müsse als bisher. Der gewinnende Teil der auf Staatskosten verbreiteten Regierungspolitik sei nur die Sozialdemokratie gewesen. Rolle der Ministerpräsidenten die Regierungsbasis erweitern, so sei die Wirtschaftspartei unter der Voraussetzung zur Mitarbeit bereit, daß er dabei nicht nur an wirtschaftliche Republikanismus gedacht habe. Der Hausbesitz müsse wieder frei werden. Solange dieses Ziel nicht erreicht sei, könne keine Partei der Regierung das Vertrauen nicht aussprechen.

Abg. Kube (Natio.): Wir werden für jedes Mißtrauensvotum stimmen, gleichgültig woher es kommt. Zum Schluß: der preussische Justizminister Dr. Schmidt hat ein großes Verdienst, nämlich die politische Verleumdung des Reichspräsidenten herbeigeführt zu haben. (Große Unruhe links und in der Mitte, Rufe: Unerhört! Wo bleibt der Ordnungsruf?)

Abg. Haas (Soz.): Eine Rede wie die eben gehörte des Abg. Kube verdient keine Antwort. Das Verlangen der Reichsparteien, unmittelbar nach der Wahl den Ministerpräsidenten zu wählen, hat schon nach der Wahl im Jahre 1924 eine Rolle gespielt. Nach unserer Auffassung genügt es, wenn die Mehrheit des Hauses einen eingetragenen Mißtrauensantrag annimmt oder ablehnt. Jedenfalls beweist die Verteilung der Mandatsziffern im neuen Landtag, daß entgegen der Behauptung des Abg. v. Winterfeldt die Regierung heute eine größere Mehrheit als im alten Landtag hat. (Sehr wahr! links.) Das sollten insbesondere die Deutschnationalen zugeben, deren Mandatsziffer im Landtag von 109 auf 82 gesunken ist. Als Herr v. Winterfeldt von der Unerhörtlichkeit der Regierungspolitik sprach, war ich verärgert, seine Kritik auf die Bürgerblockregierung im Reich und die Stellung der Deutschnationalen zur Frage des Republikanengesetzes, zur Aufwertung und zur Außenpolitik zu beziehen. Die Flaggverordnung der Regierung war eine Notwendigkeit. Aber wir begreifen nicht, daß sie einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Kommunen bedeuten soll. Die Selbstverwaltung wäre jedenfalls nicht geschädigt, wenn sie von den Deutschnationalen abhängig wäre. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Verzung der Deutschnationalen auf den lebendigen Geist des Christentums war gänzlich unangebracht. Wer die Deutschnationalen gegen die Verteilung der Steuerlasten nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, gegen jeden Zehntbau und damit für die Verteilung der Lebensmittel der Armen ist, verrät wenig christlichen Geist. In unserem Programm steht nichts vom Christentum; doch beweisen unsere Taten auf sozialpolitischem Gebiete, daß wir mehr von ihm in uns haben, als die, die sich immer auf das Christentum berufen. (Sehr wahr! links.) Im übrigen scheint das Verhalten der Deutschnationalen gegenüber 1925, unter allen Umständen in die preussische Regierung hineinzutreten, durch den Wahlausfall merkwürdig gedämpft zu sein.

Allerdings bemüht sich auf der anderen Seite Herr Pöck mit seinem Mißtrauensvotum, für die Deutschnationalen die Kastration aus dem Feuer zu holen. Es ist richtig, daß auch die Kommunisten an Stimmenszahl gewonnen haben, und die „rote Fahne“ schrieb unmittelbar nach dem Wahlsieg, daß nicht Worte und Agitation allein, sondern auch Taten nunmehr für die Kommunisten zeugen müßten. Herr Pöck hat heute ausdrücklich erklärt, daß den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie verstärkter Kampf gebühre. Noch schärfer sollen allerdings die Reichsparteien angefaßt werden. Wir betonen, daß wir im alten Landtag und im Wahlsieg davon nichts gespürten. Da ging der Kampf ausschließlich gegen die Sozialdemokratie und der sofort von den Kommunisten eingetragene Mißtrauensantrag gegen die Staatsregierung zeigt, daß das auch in Zukunft so bleiben soll.

Die Volkspartei steht nach ihrer heutigen Erklärung der Regierung immer noch mißtrauisch gegenüber; gleichwohl will sie der Regierung das Vertrauen nicht abprechen. Die Regierungserklärung hat der Volkspartei zur Mitarbeit die Tür geöffnet. Wir verlangen indes, daß der Einfluß der Sozialdemokratie sich nach Maßgabe des Wahlergebnisses durchzieht, gleichgültig wie die Regierung in Zukunft aussieht. Trotz allen Geschreies über sozialdemokratische Futterskippenpolitik hat die Sozialdemokratie im Wahlsieg den größten Erfolg gehabt. Die Republik wählt den Republikanern.

Wir lassen keinen Zweifel darüber: Mehr noch als bisher müssen Arbeiter in die maßgebenden Posten des Staates hineinkommen.

Hier ist das Unrecht des alten Staates gegenüber der Arbeiterschaft wieder gutzumachen. Wir erwarten auch, 10 Jahre nach der Revolution, nunmehr die baldige Beschließung einer neuen Städte- und Landgemeindeordnung, die sich von der alten allerdings durch einen wesentlich fortschrittlicheren Inhalt unterscheiden muß. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Wahlen haben durch das Anwachsen der Arbeiterparteien sehr deutlich die Stimmung gegen die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft aufgezeigt. Die Konsequenzen können nur in sozialen Taten und der Heranziehung der Arbeiterschaft zu den öffentlichen Ämtern in größerem Umfang als bisher bestehen. In diesem Bestreben wird die Regierung die Unterstützung der erheblich verstärkten sozialdemokratischen Fraktion finden. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Ministerpräsident Dr. Kube rief nach Einleitungsrede in das Stenogramm den Abg. Kube wegen seiner beleidigenden Äußerungen gegen den Justizminister zur Ordnung.

Abg. Dr. Baumbach (Ztr.): Hätte der Reichspräsident der Staatsregierung wirklich nichts Positives entfallen, dann sei es verwunderlich, daß die deutschnationale Presse ihn ihren Lesern ungenügend verschwiegen habe. Der Erfolg der Wirtschaftspartei sei lediglich auf ihre irreführende Agitationspraxis zu setzen, die frei von jedem Verantwortlichkeitsgefühl gewesen sei.

Hierauf wird die Besprechung abgebrochen und auf Dienstag, den 12. Juni, vertagt.

Zur Abstimmung über die Mißtrauensanträge im preussischen Landtag.

Berlin, 11. Juni. Im Preussischen Landtag liegen wie gemeldet wird, drei Mißtrauensanträge vor, zwei von den Deutschnationalen eingebracht worden sind, einer von den Sozialdemokraten eingebracht worden ist. Zur Abstimmung werden nur zwei Anträge gebracht, nämlich der kommunistische gegen das Gesamtkabinett und der deutschnationale gegen den Kultusminister Beden. Ueber den kommunistischen Antrag wird, da er als erster erledigt ist, der deutschnationale Antrag gegen das Kabinett. Die Frage ist im Ausschusse besprochen und von diesem im angegebenen Sinne entschieden worden.

Die Arbeiten des preussischen Landtags.

Berlin, 11. Juni. Der Ausschuss des preussischen Landtages beschloß am Montag, die Ausschüsse in der alten Stärke bestehen zu lassen. Eine Änderung des Ausschusses, in dem bekanntlich die Weimarer Koalition keine Mehrheit hat, wurde nicht vorgenommen. Ferner wurde die Reihenfolge festgelegt, in der die Fraktionen Anspruch auf die Leiter des Ausschusses-Vorsitzenden haben. Zwischen Wirtschaftspartei und Demokraten, die die gleiche Zahl von 21 Mitgliedern haben, soll noch eine Einigung über die Reihenfolge stattfinden. Ferner wurden die Landtagsmitglieder für das Wahlsprüngericht bestimmt. Der Ausschuss beriet sodann über den weiteren Geschäftsplan. Man rechnet damit, daß man die allgemeine Aussprache zur Regierungserklärung am Dienstag abschließen kann, so daß am Donnerstag die Abstimmungen zu den Mißtrauensanträgen vorgenommen werden können. Vorher sollen noch eine Reihe von Vorlagen zur Beratung kommen, so der Staatsvertrag mit Waldeck und die Flagg-Revolverordnungen. Die vorliegenden Anträge über Unweiterzählungen sollen ohne Aussprache in den Ausschuss geschickt werden. Am Donnerstag wird sich dann der Landtag voraussichtlich bis zum 10. Juli vertagen. Man rechnet mit einem Sitzungsabschnitt von einigen Tagen. Außer der Wiederwahl des Präsidiums, die nach den Bestimmungen der bestehenden Geschäftsordnung notwendig ist, stehen noch eine Reihe von Gegenständen zur Erledigung, so weit solche Beratungsreife sind. Vom Staatsrat werden inzwischen eine Reihe weiterer Gegenstände an den Landtag gelangt sein. Die Sommerferien werden voraussichtlich bis Anfang Oktober anhalten. Ob die Einberufung des Landtages früher notwendig ist, hängt von der Festsetzung des Wahltermins für die Kommunalwahlen ab.

Sieg der weltlichen Schule in Leipzig.

Leipzig, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Elternratswahlen in Leipzig brachten eine große Mehrheit für die weltliche Schule und einen guten Erfolg für die Sozialdemokratie. Es wurden abgegeben für die weltliche Schule: SPD. 23 292 Stimmen (1927: 21 468), für die Christliche Seite 21 975 (25 087) Stimmen, KPD. 21 625 (5284). Die Mandate verteilen sich wie folgt: SPD. 299, Christliche 294, KPD. 73. Seit dem Jahre 1926 haben die Christlichen 30 Mandate verloren, wogegen die SPD. 33 Mandate gewann.

Die Gemeindevahlen im preussischen Westen.

Der Preussische Landtag hatte am 30. März d. J. einen Antrag der Regierungsparteien angenommen, wonach die Gemeindevertretungen der Städte und Landgemeinden sowie die Amtsvertretungen in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen bis zum 31. Dezember 1928 neu zu wählen sind. Auf Städte und Landgemeinden, deren Gemeindevvertretungen nach dem 1. Juni 1927 neu gewählt sind, findet die Bestimmung keine Anwendung. Es handelt sich hierbei um diejenigen neuen Gemeinden, die durch Ein- und Umgemeindungen entstanden sind, insbesondere am Frankfurter a. M., Dortmund und Wiesbaden. Als voraussichtlicher Wahltermin ist nunmehr der 28. Oktober 1928 in Aussicht genommen.

Es soll doch stabilisiert werden.

Paris, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die lang erwartete Stabilisierung der französischen Währung wird nach allen vorliegenden Informationen nunmehr bestimmt nach im Laufe dieses Monats vollzogen werden. Es ist anzunehmen, daß der Finanzminister Marin der Drohung Potocares, wenn er die Zustimmung verweigere, die Demission des gesamten Kabinetts einzureichen, nachgegeben wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Stabilisierungsdekret völlig überraschend verkündet wird.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Malik-Verlag L.-G., Berlin W. 50.

157

(Nachdruck verboten.)

Danny und Rachel verabschieden, so zu tun, aber sie bemerkt die beiden kaum, war allein in den jungfräulichen Tischen ihres Kammers. Danny, der sie beobachtete, fühlte, daß ihm heiße Tränen die Wangen hinabläufen. Es war unnatürlich, daß ein Mädchen den Bruder so sehr liebt, zumindest hatte sie dies geglaubt. Aber Danny begriff es: Ruth war zurückgelassen in jene Tage der Kindheit auf den einsamen Hügel von Paradise, da Paul ihr einziger Freund, ihre Rettung vor der jantischen Familie gewesen war, vor dem Vater, der sie geschlagen hatte, damit sie so denken lerne wie er. Schon damals hatte Ruth gemerkt, daß Paul ein großer Mann sei; sie war ihm in allen diesen Jahren gefolgt, hatte beobachtet, wie sich sein Geist entwickelte, und nun war dieser Geist von einer Bestie mit einer Eisenstange zerstört worden.

VI.
Mitternacht war längst vorüber, als Rachel versuchte, Danny zum Gehen zu bewegen. Sie konnten weder für Paul noch für Ruth etwas tun. In der Nähe befand sich ein kleines Hotel, dort wollten sie ein Zimmer nehmen. Die Pflegerin konnte sie benachrichtigen, falls in Pauls Bestanden eine Veränderung eintrat. Danny gab nach, er durfte nicht ungerade gegen Rachel sein. Er wußte, daß seine Zuneigung für Paul, die Unterwerfung seines Geistes unter Pauls Denken, sein genaues Erinnern an alles, was Paul gesagt hatte aus Unaufrichtigkeit gremte. Ja, Bestie hat ihn das gesagt, und später W., — und nun findet es auch Rachel.

Danny konnte nicht schlafen. Im Bett erinnerte er Rachel alles: Paul hat ihm ein Ideal gegeben, ein strenges hartes Ideal: Selbstvergessenheit, Unabhängigkeit des Urteils, Entschlossenheit und Selbstbeherrschung. Er lebte gegenüber, seine Abhängigkeit durch Geld oder Vergnügen. Danny war zwar nicht imstande gewesen, dem Ideal treu zu bleiben, hatte im Luxus gelebt, nach Frauen gejagt, aber er besaß dennoch die Sehnsucht, das Verlangen, Paul zu gleichen.

Und in jeder Krise seines Lebens war Paul erschienen: Danny maß sich und seine Handlungen an ihm und erkannte, wie erfolglos sein eigenes Streben war. Paul hat ihn über die Fehler und ihre Gefühle aufgeklärt, Paul war für ihn die Verkörperung des erwachenden Proletariats. Pauls Geist war ein Schwermut, der die Weltlage erschüttert und Danny das sagte, was er nicht wußte. Nun war das Licht erloschen, und Danny

wird beim Schein seiner eigenen, trüb brennenden Laterne sehen müssen.

„Biestier, vielleicht wird er wieder gesund“, flüsterte Rachel, aber Danny höhnte: „Nein, nein, er wird sterben.“ Wie einen Blitzstrahl sah er vor sich die Königenaufnahme von Pauls gepulvertem Säckel. Das Licht war erloschen, zumindest für diese Welt; eine Bestie hatte es mit einer Eisenstange ausgeglüht.

Danny schlang die Arme um Danny und versuchte, ihn mit Jantischkeiten zu trösten. Natürlich gelang es ihr; er konnte ihre Liebe nicht zurückweisen. ... Schließlich schlief er ein. Rachel jedoch schlief nicht, sie lag flüchtig in den Armen. Er fuhr im Schlaf auf und begann zu ästern, — genau wie sie geästert hatte, als die Bestie auftraten.

Was tat Danny im Traum? Kämpfte er gegen Knüppel, Fäden und Eisenstangen? Lag er wieder mit Vater unter der Erde, als die Erde bebte? Sag er Bernon Roscoe Paul hierhin und dorthin hegen, ihn quälen, ihn mit einer Eisenstange bedrohen?

VII.

Der Morgen brach an, Danny und Rachel begaben sich ins Spital. Alles war unverändert. Paul lag schwer atmend da, Ruth lag neben dem Bett, die Augen auf den Bruder geheftet, die Hände verschlungen. Sie war noch blässer, und ihre Lippen säuerlicher unentwegt. Die Pflegerin bat sie, sich niederzuliegen und zu ruhen. Ruth schüttelte den Kopf. Nein, sie sei es gewohnt, bei Kranken zu wachen, sei selbst Pflegerin. Die andere erwiderte, alle Pflegerinnen ruhten sich aus, aber Ruth sagte: „Nein, bitte, ich will hierbleiben.“

Der Morgen kam. Er konnte nichts tun, man mußte warten. Danny zog ihn beiseite und erkundigte sich, ob Paul gesund werden könne. Unmöglich zu sagen. Wenn er das Bewußtsein wiedererlangt, kann er wieder gesund werden. Wenn er eine Hirnhautentzündung bekommt oder einen Blutzuckersinken im Gehirn, so wird er sterben.

Rachel meinte, man müsse die Familie benachrichtigen. Danny telegraphierte an Abel Watkins nach Paradise und bat ihn, auf seine Kosten ein Auto zu nehmen und die Familie heranzuführen. Er überlegte, ob es seine Pflicht sei, auch Eli zu benachrichtigen, beschloß aber, es zu unterlassen. Dann kaufte er die Wagenblätter und las einen trübseligen Bericht über die Ereignisse des vorhergehenden Abends: die Notizen hätten eine ihren lang erwarteten Lesern erhalten, Ruhe und Ordnung seien im Hofen geherrt.

Es war der Morgen des Wahltags, der Höhepunkt einer Kampagne, die für Danny ein langer Alptraum gewesen war. Der Senator La Follette hatte mit Unterstützung der Sozialisten In-

didert; der große Schlag sollten die Petroleumenthüllungen sein. Zuerst schienen die Enthüller auch Erfolg zu haben; die Bevölkerung interessierte sich für die Angelegenheiten. Aber die Zeitung wartete nur den günstigen Augenblick ab, um loszuzugreifen. Während der letzten drei Wochen hatte er seine Reden aufgegeben; es war, als ob eine ungeheure Wolke von Hornissen losgelassen worden wäre.

Selbstverständlich steckte dahinter das Geld Bernon Roscoes und der anderen Petroleumunternehmer samt dem der Bankiers und der großen Industriellen, aller jener, die durch die Befestigung der Regierung etwas zu gewinnen hatten oder durch die Nichtbefestigung etwas verlieren konnten. Eine neuerliche fünfzig Millionen-Dollarkampagne. In jedem Dorf und Flecken, in jeder Stadt gab es Komitees, die den Wahlterror organisierten. Die großen Zentralbetriebe, wo er hergestellt wurde, befanden sich in Washington und Newport; die Ware wurde en gros verpackt, im ganzen Land von allen Agenturen verbreitet, — Zeitungen, Flugblätter, Massenversammlungen, Umzüge, Musikkapellen, Illuminationen, Fackelzüge, Radio und Film. Wird La Follette, der rote Arbeiter, gewählt, so ist die Geschäftswelt vernichtet, und die Arbeiter werden erwerbslos. Darum stimmt für den starken, schweigenden Staatsmann, den großen, weisen, edlen Freund der schlächtigen Leute, den „vorzüglichen Coolidge!“ Und nun, während Paul Watkins sein Leben ausschaut, fiel ein Wirbelsturm von Stimmzetteln über das Land, etwa tausend Zettel in der Sekunde. „Das Volk tat seinen Willen.“

VIII.

Es war warm wie im Sommer, die Fenster des Spitalszimmers standen offen. Nebenbei, etwa zwanzig Fuß entfernt, stand sich ein Mietshaus; im Zimmer gegenüber war am offenen Fenster einer der Radioapparate angebracht, die in Südstaatenform üblich sind. Die Bewohnerin des Zimmers gehörte zu jenen zweihunderttausend Hausfrauen, die ihren häuslichen Pflichten zu der Begleitmusik von „Jesus, Freund meiner Seele“, oder aber, „Ramie, du Sirene“ nachzukommen pflegen. Die betreffende Hausfrau hatte einen alles umfassenden Geschmack, und die vier, die an Pauls Bett wachten, vernahmten Bruchstücke aus dem „Möha Hawaii-Quartett“, dem Orgelkonzert der Ersten Methodistenkirche oder den Vorträgen des „Biggley-Biggley-Gitarsen-Oberhebers“, während Belle W.F. funkte, im Offen ließ die Wahlbeteiligung groß, und auf Belle W.F. Automobile aus zweiter Hand angeboten wurden, ein unbekannter Redner aus Staatesbürger aufforderte, zur Wahlurne zu eilen, und Fräulein Claire Smithers, ein Rotoraturtopf, trillerte: „Ich liebe dich, mein Kumpfen, ach ja, ich liebe dich!“ (Fortsetzung folgt)

Krise des tschechischen Bürgerblods.

Von unserem Prager Korrespondenten wird uns geschrieben: Das Bürgerblod-Rezept ist doch nicht so für alle Fälle veränderbar und so unfehlbar wirksam, wie sich die „Schöpfer“ dieser Idee dachten. Man nehme alle bürgerlichen Parteien und alle Bürgerparteien haben auch proletarische Wähler, und diese Wähler, gefangen bei den Wahlen mit einer Fülle gleichender und lösender Versprechungen, werden stuhig, wenn die Erfüllung so anders ausfällt als die Verheißung.

Auch der tschechisch-deutsch-slowakische Bürgerblod, Folge der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei, beginnt nun zu wanken. Große Schichten der Wähler der Regierungsparteien rebellieren, und obwohl die Neuwahl des Parlaments noch in weiter Ferne steht, erschüttert doch schon die Angst vor der Abwanderung der Wähler die derzeitige Regierungsmehrheit.

Unbestimmt um die Volksmeinung, unbestimmt um die wirtschaftlichen Folgen solcher Taten, führte der Bürgerblod hohe Lebensmittelpreise ein, erhöhte er die Verbrauchsteuern, schuf er eine die Arbeiter in den Verwaltungskörperschaften zur Ohnmacht verurteilende Verwaltungsreform, ein Gemeindefinanzgesetz, das den Gemeinden nur noch kümmerliche Reste der Wirtschaft lieh, stürzte er sich in das Abenteuer der Novellierung der Sozialversicherung.

Aber nun, bei dem Versuche der Demokratisierung der Arbeiter-versicherung, stichen die Bürgerparteien auf einen ganz unvermerkten heftigen und leidenschaftlichen Widerstand der Arbeiter, nicht nur der sozialistischen, sondern auch der christlichen. So lange blieb die Sozialdemokratie protestieren, glaubten die Bürgerparteien die Erregung der Arbeiter nicht beachten zu müssen. Aber die gewaltigen, immer wieder sich erneuernden Demonstrationen, Proteststreiks, Straßentümpelungen der Sozialdemokraten rissen auch die tschechischen und deutschen christlichen Arbeiter mit. Auch die christlichen Arbeiter empörten sich gegen die Ausschaltung großer Arbeitsschichten, aus der Versicherung, auch sie ließen Sturm gegen die geplante Eingliederung der „Partiat“ zwischen Unternehmer und Arbeiter-vertretern in den Krankentafelungen, die diese Anstalten den Unternehmern ausstiefen würden, weil der Vorliegende ein Arbeitnehmer sein müßte, dadurch allein schon bei allen Bestimmungen die Arbeiter in der Minderheit wären, und die Einführung des Verhältniswahlrechtes bei der Wahl der Arbeitervertreter auch den gelben Fabrikantennechten Sitz gesichert hätte.

Junäht versuchten es die kirchlichen Parteien mit dem bewährten Spiel mit verteilten Rollen. Monatlang schrieben die kirchlichen Arbeiterblätter gegen die Sozialversicherungs-Novelle, während die kirchlichen Parteiführer über die Segnungen der Reform predigten, bis — ihnen die Sprache verloren ging, als die Opposition in der tschechischen katholischen Volkspartei sich ein eigenes Blatt schuf, die Wahlverträge bei den Gemeindefinanzstellen sich mehrten und die Verluste des Zentrums bei den Reichstagswahlen sie in Angst und Schrecken jagte.

So wie dem Zentrum könnte es auch ihnen ergehen! Diese Angst peinigt die kirchlichen Parteien. Nun müßten sie gerne eine Verständigung mit den sozialistischen Parteien, treten sie für Berücksichtigung der Forderungen der Arbeiter bei der Beratung der Sozialversicherungs-Novelle ein, sind sie bereit, auf die Partiat in den Rassenvorständen zu verzichten, während die agrarischen Parteien, durch den Anstrich der Arbeiter weniger besorgt als ihre kirchlichen Freunde, nur die Gewinne aus den Erparungen an der Krankentafelung vor Augen, hartnäckig an der Regierungsvorlage festhalten.

Die Verständigung zwischen den kirchlichen und den anderen Regierungsparteien ist die eine Ursache der Koalitionskrise.

Die zweite ist der Gegensatz zwischen dem Finanzminister Dr. Englisch und den Regierungsparteien, vor allem den Agrariern. Das Gemeindefinanzgesetz, dessen Schöpfer Dr. Englisch ist, treibt die Mehrzahl der Gemeinden und Bezirke in schwere finanzielle Katastrophen. Die Gemeinden und Bezirke, die nun nicht mehr als zweihundert und dreihundert Prozent Umlagen einbringen dürfen, können ihre sozialen Aufgaben nicht mehr erfüllen. Kindergärten werden gesperrt, Zuwendungen an humane Institutionen eingestellt, — ja es kommt vor, daß Gemeindeführer Beamten nicht mehr bezahlen können, daß sie sogar das Geld für die Reinigung der Schulen nicht mehr aufbringen! Allgemein ist die Ueberzeugung, daß das Gesetz unhaltbar ist. Dr. Englisch, der Vater des Gesetzes, will sein Kind nicht opfern. Andererseits wehrt er, der stolz darauf ist, Ordnung in den Staatshaushalt gebracht zu haben, sich gegen neue Forderungen des Militarismus und neue Ansprüche des Landwirtschaftsministeriums und auch gegen die Forderungen der Zuckerindustriellen, die Einbußen, die sie durch den Verlust des Exportes nach England infolge der englischen Zollhöhung erleiden, zu mildern durch Steuer- und Tarifnachlässe. Da die agrarischen Parteien in der Koalition führen, kann Dr. Englisch seinen Willen nicht durchsetzen und geht auf Urlaub, gibt vielleicht schon in nächster Zeit seine Demission.

Nicht weniger Verlegenheiten bereiten der Koalition die Slowaken. Den slowakischen Autonomisten zuliebe wurde die in der Verfassung aufgeführte Länderverteilung wieder eingeleitet. Die Slowaken, dadurch für den Eintritt in die Regierungsmehrheit gewonnen, nehmen die Landesvertretung doch nur als Abschlagszahlung hin, beharren weiter auf der vollen Selbstständigkeit der Slowakei im Rahmen des Staates, wie sie ihnen durch einen in Pittsburg abgeschlossenen Sondervertrag im Jahre 1918 zugesichert wurde und machen mit ihren Ansprüchen der Koalition umso größere Schwierigkeiten, je näher die Feier des zehnjährigen Bestehens der Republik rückt. Wieder haben sie ein Zugeständnis erlangt: obwohl die Verwaltungsreform noch nicht in Kraft gesetzt wird, ernannt man schon in nächster Zeit die Landespräsidenten und wird in Preßburg den von der slowakischen Volkspartei vorgeschlagenen Mann installieren. Die Verwaltungsreform tritt nicht in Kraft, weil sie ohne Wahl der Landes- und Bezirksvertretungen nicht gut durchgeführt werden kann. Von den Wahlen in die Landes- und Bezirksvertretungen aber will die Koalition nichts wissen, diese Wahlen schiebt sie immer wieder hinaus, vertagt sie auf ungewisse Zeit, weil sie offenbar würden, daß die Regierungsmehrheit längst nicht mehr über die Mehrheit der Wähler verfügt.

Aber dieses Aufgeschoben ist wirklich kein Aufgehoben! Je länger diese Wahlen stattfinden, umso sicherer der Erfolg der sozialdemokratischen Parteien, deren Organisationen stetig wachsen und deren Stimmenzahlen bei jeder Gemeindefinanzwahl beträchtlich ansteigen.

Antifaschistische Presseausstellung in Köln.

Köln, 11. Juni. (Eigener Fundbericht.) Die Vereinigung der tschechischen italienischen antifaschistischen Journalisten, die seit Paris, hat am Sonntag in Köln eine Ausstellung eröffnet, die in zahlreichen Dokumenten die Kullurschande des Faschismus offenbart. Mit der Eröffnung der Ausstellung, die auch in anderen Städten gezeigt werden soll, war eine Verbindung verbunden, die gleichzeitig dem Gedenken des vor Jahren hingerichteten Deputierten Matteotti gelten sollte. Als Hauptredner war der greise Sozialistenführer Turati gewonnen worden, der einstmalig eine Fierde des römischen Parlaments und einer der geliebtesten Advokaten Italiens war. Unter dem Rest der Redner stand der preußische Ministerpräsident Dr. Otto Braun bei der Eröffnung der „Presse“ verurteilte, der betraute es als vornehmste Pflicht und Ehre, die Presse zu befreien. In Tallers habe es keine freie Presse mehr. Die Zeitungen seien dort das Monopol der Regierung. Der Faschismus habe all das, was die aufsteigende Arbeiterklasse in 50 Jahren aufgebaut habe, mutwillig zerstört.

Die enttäuschte Rechte.

Die endgültige Gruppierung der französischen Kammer.

Paris, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die nunmehr abgeschlossene Liste der Kammergruppen gibt eine zahlenmäßige Unterlage für die bereits seit dem ersten Tage der neuen Kammer feststehende Tatsache, daß die Linke eine durchaus führende Stellung einnehmen wird. Die Gruppe Marin, die mit einer Mitgliederzahl von 150 gerechnet hatte, ist auf 103 zusammengeschmolzen, während die Radikalen mit 125 Abgeordneten die stärkste Gruppe der neuen Kammer bilden. Hierzu muß noch die 15 Mitglieder zählende neue Gruppe der unabhängigen Linken gerechnet werden, deren Anhängererschaft durchaus die Ideenwelt der Radikalsocialisten teilt. Ihr gehört unter anderem auch der aus der Sozialistischen Partei ausgeschlossene frühere Gouverneur von Indochina, Barenne, an. Eine ähnliche, mehr äußerliche Spaltung ist bei der dritten Kartellpartei, den Republikanern, festzustellen, deren beide Gruppen zusammen 31 Mitglieder zählen. Es ergibt sich, daß die ehemaligen Kartellparteien ungefähr die Hälfte der Kammer bilden, wenn man noch die auf 53 Mitglieder angewachsene Gruppe Loucheur hinzuzählt, die wiederholt erklärt hat, mit den Radikalen zusammenarbeiten zu wollen.

Was die andere Hälfte der Kammer anbetrifft, so ist hier die Zerspaltung noch erheblich größer. Auch hier ist die Tendenz, nach links zu gehen, wie sich schon nach den Wahlen zeigte, stärker als die Anziehungskraft der Gruppe Marin von der äußersten Rechten. Diese Gruppe ist angeführt von Unfähigkeit des Zentrums außerstande, den Stamm eines neuen nationalen Blods abzugeben, und es zeigt sich, daß die von ihr so überempfindliche Uebergehungs anfänglich der Neubegebung des Arbeitsministeriums nur den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Von einem Siege der Rechten in den französischen Kammerwahlen wird danach keine Rede mehr sein können.

Moskaus Geld für Englands Kommunisten.

London, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Beantwortung einer großen Anzahl von Fragen gab der Minister des Innern im Unterhaus keine zu verschiedenen Molen aufgehobene Erklärung über das Ergebnis seiner Nachforschungen nach der Finanzierung der kommunistischen Organisationen in Großbritannien ab. Den Ausgangspunkt der Nachforschungen des Innenministers bildete der von der politischen Polizei erbrachte Nachweis, daß die im Besitz irischer Waffenschmuggler gefundenen Banknoten der Bank von England die russische Handelsbank passiert hätten. Während der vergangenen sechs bis acht Monate habe die Polizei Nachforschungen nach den Kanälen gehalten, durch die gewisse Gelder der Kommunisten ihren Weg nach England gefunden hätten. Hierbei habe sich herausgestellt, daß hierfür nur zwei russische Bankinstitute, die Londoner Filiale der Narodny-Bank in Moskau und die Staatliche russische Handelsbank in Betracht kämen. Von dieser Tatsache habe er (der Innenminister) am 19. April dem Unterhaus andeutungsweise Mitteilungen gemacht, worauf ihm von den beiden in London arbeitenden russischen Banken eine Prüfung ihrer Bücher freiwillig angeboten worden sei.

Die Prüfung der Bücher der russischen Handelsbank habe lediglich den Nachweis erbracht, daß die im Besitz des verhafteten irischen Waffenschmugglers gefundenen 10-Pfundnote ihren Weg durch die Kasse der russischen Bank genommen habe. Was die Narodny-Bank anbelangt, so hätten die Untersuchungen der Bücher bewiesen, daß die dem Innenministerium von der Polizei gemachten Mitteilungen über die Quellen der kommunistischen Gelder durchaus zurechtlässig gewesen seien. Es sei nachgewiesen, daß eine Summe von 14 000 Pfund Sterling im vergangenen Jahr von einem Angestellten der Narodny-Bank an den Handelsattaché der

russischen Botschaft ausgezahlt worden sei. Von diesem Geld habe sich ein großer Teil wenige Tage vorher in den Händen der kommunistischen Organisationen befunden. Ferner seien von zwei Angestellten in der Bank, deren Namen der Innenminister nannte, Transaktionen in der Höhe von 13 000 Pfund Sterling vorgenommen worden. Auch in diesem Fall sei nachgewiesen, daß die Gelder den Weg zu kommunistischen Organisationen gefunden hätten. Nachdem der Innenminister hierauf eingehende Untersuchungen gemacht hatte, leitete er zusammenfassend mit, daß nachweislich eine Gesamtsumme von 27 998 Pfund Sterling (rund 450 000 Mark) zwischen dem 5. Juni 1927 und April 1928 an kommunistische Organisationen abgeführt worden sei. Die Direktoren der Bank, so fuhr der Innenminister fort, leugneten irgend welche Kenntnis von den Transaktionen ihrer Untergebenen gehabt zu haben. Sie hätten das Innenministerium dahin unterrichtet, daß diese Angestellten sofort entlassen worden seien, nachdem sie von deren außerordentlichen Betätigung Kenntnis erhalten hätten.

Auf eine Anfrage Macdonalds, welche Schritte der Innenminister nunmehr zu unternehmen gedachte, antwortete dieser, er könne, insbesondere mit Hinblick auf die nachdrückliche Versicherung der Direktoren, selbst hinteres Licht geführt worden zu sein, augenblicklich nicht sagen, ob und welche Schritte er gegebenenfalls zu unternehmen gedachte.

Die Krise in Jugoslawien.

Belgrad, 9. Juni. (Eigener Draht.) In der Skupshtina haben sich am Sonntag große Kämpfe abgepielt. Nicht oppositionelle Abgeordnete, die am Freitag ausgeschlossen worden waren, erschienen trotzdem im Hause. Die Opposition überreichte durch forcierte Anfragen an den Präsidenten und durch endlose Anträge auf Abstimmung. Zwei Stunden vergingen, ehe der Präsident mit der Tagesordnung beginnen konnte. Von den acht ausgeschlossenen Abgeordneten hatten inzwischen vier den Sitzungssaal wieder verlassen. Die anderen wurden aufgefordert, den Saal zu verlassen, ohne dem Folge zu leisten. Schließlich wurde der Kommissar der Parlamentspolizei beauftragt, einzugreifen. Es erschienen erst zwei, dann weitere sieben Polizisten im Saale. Die oppositionellen Abgeordneten umringten ihre ausgeschlossenen Kollegen und versuchten die Polizisten ohne Erfolg abzuwehren. Die vier Abgeordneten wurden förmlich hinausgeschleppt. Die Opposition handelte dazu, trommelte auf die Türe und rief: „Nieder mit der Regierung!“ Als später die Sitzung fortgesetzt werden sollte, wurde der Präsident mit ohrenbetäubendem Lärm und dem Gelang der Nationalhymne empfangen. Die Opposition forderte gleichzeitig den Rücktritt des Präsidenten und der Regierung.

Prag, 9. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die slowakischen Kritiken, die wegen der Person des zu ernennenden slowakischen Landespräsidenten in einen Konflikt mit den übrigen Koalitionsparteien geraten sind, wanken aus der Regierung aus, falls ihre Forderungen bis Dienstag nicht erfüllt sind. In unterrichteten Kreisen rechnet man jedoch nicht mit einer Regierungskrise.

Neuer Streit in China?

Jeng befehlt die Peking Regierungsgedäude.

Peking, 11. Juni. General Jeng hat entgegen seinem Abkommen mit General Juihsjan die Regierungsgedäude, die Banken, die Post und das Gebäude des Präsidenten der Republik besetzt. Dadurch beherrscht General Jeng die Stadt Peking. Juihsjan droht, seine Truppen aus Peking zurückzuziehen, wenn die Nanjing-Regierung General Jeng nicht Befehl gibt, die besetzten Gebäude zu räumen.

Keine Anerkennung der Nanjing-Regierung durch England?

London, 11. Juni. Unterstaatssekretär Coker-Campion bestätigte heute nachmittag im Unterhaus, daß keine formelle Anerkennung der Nanjing-Regierung durch die britische Regierung erfolgt sei.

Die Kaufkraftkrisis.

Einfluß der Auslandsanleihen auf die Konjunktur-entwicklung.

Die Konjunktur-entwicklung in Deutschland wird seit Monaten durch Verringerung der Handelsumsätze bei steigenden Preisen gekennzeichnet. Auftragsbestände und Auftragsbegehren sind bedeutend zurückgegangen. Der vom Konjunkturforschungs-institut errechnete Produktionsindex selbst, der allerdings zwei ausgeglichene Saisongewerbe, die Bau- und Bekleidungsindustrie nicht berücksichtigt, ist gegenüber dem Höchststand im November vorigen Jahres um etwa 5 Prozent gesunken. Für einen unserer größten Wirtschaftszweige, die Textilindustrie, kann man für Ende Mai einen Rückgang der Produktion um etwa 7 bis 10 Prozent gegenüber dem Höchststand im Herbst 1927 annehmen. Noch schlimmer liegen die Dinge in der Lederindustrie. Auch der Maschinenbau konnte nur auf Grund von Auslandsaufträgen wobei sich die Leipziger Technische Messe vom Frühjahr 1927 auswirkt, seinen Beschäftigungsgrad behaupten. Allerdings hat sich die Beschäftigung im großen und ganzen gehoben; jedoch beschränkt sich die Besserung auf Saisonberufe, insbesondere auf das Baugewerbe und die Landwirtschaft. Konjunkturmäßige Besserungen sind nicht festzustellen.

Warin ist diese wenig befriedigende Entwicklung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt begründet? Die stark zunehmenden Auftragsbegehren deuten darauf hin, daß der Handel wesentlich anders disponiert als früher. Während der Zeit der Hochkonjunktur im Jahre 1927 gab er, selbst bei steigenden Preisen, großzügige Bestellungen an die Industrie. Das ist jetzt anders geworden. Man darf annehmen, daß sich die Lagerhaltung im Handel und auch die Beanspruchung des Kredits, insbesondere des Wechselkredits, durch den Handel stark gesteigert hat. Der Handel sieht sich allerdings zu vorsichtigeren Dispositionen gezwungen. Aus der Lagerhaltung können jedoch die Störungen im Auftragsbegehren und die abnehmenden Auftragsbestände nicht erklärt werden. Die zunehmende Lagerbildung kann nur eine Folge der Tatsache sein, daß der Markt die angebotene Ware nicht mehr in dem Maße wie früher aufnimmt. Die Massenkauftkraft ist ohne Zweifel geschwächt worden und das Realeinkommen der breiten Bevölkerung steht nicht mehr im rechten Verhältnis zu der Produktion. Wir sind ohne Zweifel in eine neue Kaufkraftkrisis geraten.

Daran ändert nichts, daß seit dem 1. Januar bis ungefähr Mitte Mai 1928 800 000 Arbeitskräfte neu in den Produktions-prozess eingereicht worden sind und daß das volkswirtschaftliche Gesamtarbeitseinkommen gegenwärtig ungefähr auf der gleichen Höhe liegt wie im Vorjahre. Gegenüber dem Frühjahr 1927 ist nämlich eine ganz erhebliche Preissteigerung eingetreten. Dem entspricht, daß die Umläge im Einzelhandel mengenmäßig den Umfang vom Frühjahr 1927 nicht überschritten. Da aber keine konjunkturmäßige Besserung der Wirtschaft zu verzeichnen ist und keine vergrößerte Nachfrage nach Arbeitskräften eintrat, konnten die Lohn erhöhungen gestoppt werden. Aus den steigenden Preisen und der gestoppten Lohnbewegung ergibt sich ohne weiteres eine Verringerung der Reallohnne. Wenn auch das Gesamtarbeitseinkommen nicht unter dem Stand vom Frühjahr 1927 liegt, ist doch eine Verringerung der Kaufkraft eingetreten, die gegenwärtig die Konjunktur-entwicklung beherrscht und ungünstig beeinflusst. Das Verhältnis von Lohn und Preis ist ganz empfindlich gestiegen. Die Entwicklung muß früher oder später zu einer radikalen Operation annehmen, die von den heraufgehenden Kohle- und Eisen-

preisen und den steigenden Viehpreisen eine neue Teuerungswelle auslöst.

Die festgestellte Kaufkraftkrisis, wie wir oben gezeigt haben, darauf zurückzuführen, daß sich in Deutschland, im Gegensatz zu anderen Industrieländern, konjunkturmäßige Besserungen der Wirtschaft nicht durchsetzen konnten. Diese Entwicklung ist aber nur die Folge unserer Auslandskreditpolitik. Wenn auch die öffentliche Hand, insbesondere die Gemeinden, im letzten Vierteljahr mehr als die private Industrie an den ausländischen, insbesondere den amerikanischen Geldmarkt herantreten ist, so läßt sich doch feststellen, daß ihr Bedarf nach langfristigen ausländischen Kredit keineswegs gedeckt ist. Darauf weist auch die in den letzten Monaten zunehmende kurzfristige Verschuldung hin. Die öffentlichen Unternehmungen können also, weil ihnen der genügende Kredit fehlt und weil sie ohne langfristigen Kredit nicht in der Lage sind, auf weite Sicht zu disponieren, keine größeren Bestellungen an die Industrie geben. Neuerungen in den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken, die im Rahmen des Rationalisierungsprogramms liegen, Straßen- und Wegebauten usw. müssen unterbleiben, weil keine sicheren Mittel vorhanden sind. Dadurch ist die Lage in vielen Zweigen des deutschen Maschinenbaues, die auf diesen Gebieten arbeiten, ungünstig beeinflusst worden und wenn der Beschäftigungsgrad im Maschinenbau immer noch als gut bezeichnet werden kann, erklärt sich das nur aus den zunehmenden Auslandsaufträgen. Ähnlich liegen die Dinge im Baugewerbe. Die Neubispositionen (Bauen von Wohnungen, städtischen Gebäuden usw.) bewegen sich hier um etwa 10 Prozent unter dem Stand des Vorjahres, weil die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel bedeutend, ebenfalls um etwa 10 Prozent, geringer sind als im Frühjahr 1927. Der Baumarkt ist nun eine unserer wichtigsten Schlüsselindustrien. Wird er künstlich abgedrosselt, so muß das auf die Allgemeinheit abwirken. Den ersten Teil dieses Prozesses haben wir bereits darin erlebt, daß konjunkturmäßige Besserungen in unserer Wirtschaft sich nicht durchsetzen konnten.

Weil infolge der nicht vorhandenen Konjunkturbesserungen in unserer Wirtschaft die Lohnbewegungen auf Widerstand stoßen, mag eine solche Auslandskreditpolitik wohl im Interesse des Unternehmerprofits liegen. Die Wirtschaft selbst und die breite Bevölkerung leiden darunter und sind in Gefahr, in eine neue Wirtschaftskrisis und Arbeitsmarktkrise hineingezerrt zu werden. Die Finanzkraft der Kaufkraftkrisis überwinden und das gestörte Verhältnis zwischen Preis und Lohn durch Lohnverhandlungen ausgleichen, ohne weitere Preissteigerungen zu veranlassen. Die Prognose des Unternehmertums ist nämlich so überföh hoch, daß sie eine schließlich doch nur geringfügige Reduzierung durch Lohnverhandlungen vertragen kann. Die Voraussetzung für erfolgreiche Lohnbewegungen ist aber letztendlich die konjunkturmäßige Besserung der Wirtschaft. Angleichung im Angebot von Arbeitskraft an die Nachfrage, die nach Lage der Dinge nur durch Herannahme der erforderlichen Auslandsanleihen zu erreichen ist. In diesem Sinne hängt von einer richtigen Auslandskreditpolitik die Beantwortung der Frage ab, ob die deutsche Wirtschaft in eine neue Krise herab oder nicht kommt. Diese Krise, dann ist darauf eine Auslandskreditpolitik verantwortlich zu machen.

Ein treues Vaterherz hat aufgehört zu schlagen!

Am Sonntag, den 10. Juni, morgens 2 Uhr, verschied sanft und schnell mein lieber Mann, unser herzensguter, treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Gasthausbesitzer

Maximilian Sauer

im Alter von 58 Jahren.

Breslau, Gräbschener Straße 259.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Emma Sauer, geb. Schild.

Beerdigung Mittwoch, den 13. Juni, nachm 4 1/2 Uhr, von der Kapelle des Gemeindefriedhofes Gräbschen. 235B

Am 10. Juni verschied nach längerem Leiden unser Mitglied, der Gasthausbesitzer

Maximilian Sauer

im Alter von 58 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, 13. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, nach dem Gemeindefriedhof in Gräbschen. 2478 Trauerhaus: Gräbschener Str. 259. Distrikt 35.

Am 10. Juni ist unser Mitglied

Maximilian Sauer

nach kurzem Krankenlager verstorben.

Sein Andenken halten in Ehren 2479

Die Mitglieder des Distrikts 35 der Sozialdemokr. Partei Deutschl., Ortsverein Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 13. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, nach dem Gemeindefriedhof in Gräbschen.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Unsere liebe, gute Mutter ist nicht mehr, Ihr Platz in unserem Heim ist leer, Du warst so gut, Du starbst zu früh, Wer Dich gekannt, vergißt Dich nie.

Am 10. Juni, früh 7 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, qualvollem Leiden meine geliebte Frau und auferstehende, herzensgute Mutter, Großmutter und Schwiegermutter

Frau Ida Hempe

geb. Therner

im Alter von 63 Jahren 8 Monaten.

In tiefem Weh

Breslau-Kl. Gandau, 12 Juni 1928

Karl Hempe als Gatte nebst Anverwandten.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Klein Gandau, Pilsnitzer Chaussee. 604

Mittwoch, den 13. Juni, um 20 Uhr:

Vortrag

Monistischen Gemeinde

Grünstraße 14/15

Sprecher: Kurt Kramer

Thema: „Weiterkenntnis u. Atomlehre“

Eintritt frei! 602 Gäste willkommen!

Nach dem Spreewald

Rillige Sonderfahrt

Sonntag, den 17. Juni

mit Kahnfahrt von 11571

Raddusch nach Lübbenau

Fahrt ab Breslau nur 10.50 RM.

Näheres Bahnhofsanhänge und Anschläge

Reichsbahndirektion Breslau.

Stadttheater

(Opernhaus)

Dienstag 6112

20 bis 22.30 Uhr:

21. Ab. Dorf. Serie F

Fidelio.

Mittwoch

20 bis 22.30 Uhr:

21. Ab. Dorf. Serie G

Abchiedsvorstellung.

Peter Unkel

Djello.

Donnerstag

20 bis 22.30 Uhr

„Der Zar läßt sich

photographieren“

Das Fell d. Königs

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 6174

Tel. 36500

Täglich 20 Uhr:

„Die jugendliche Venus“

Sonntag nachm. 15 1/2 Uhr:

Zum 10. Male:

„Eine einzige Nacht“

Lobe-Theater.

Tel.: 56747.

Dienstag 15.30 Uhr

zu kleinen Preisen:

Der Diktator.

Tiroler: Gerhard Ritter.

Dienstag 20 Uhr

und täglich

Der stürmische Herold

Heiterleitererfolg:

Saisonverkauf 1928

Die neue große Szene

im Lobe-Theater.

Legie von Paul Szary

und Carl Behr.

Auff. von Harry Rahm

FR. Irmschneider Berlin a. G.

Thalia-Theater

Tel.: 56747.

Dienstag 20 Uhr

und täglich:

Der heilige Schleier

Ein Stück in drei Akten

von C. W. Wheatley,

für die deutsche Bühne

bearbeitet v. Gustav Beer.

Sie verdienen täglich

10 RM an Sparschmelz. Kom

persönlich kommen.

Reste

in allen Größen, Reimend

Herrschaffter, Kuchent

Garn, Krappe, Kerseje.

Erbsen, alles sehr billig, prima

Reiz + Detail und Gages

Berold Lippert

Geirichstraße 16 6122

Filialen: Oberstraße 17

und Reigbergstraße 42.

In dieser Woche

der große

Reste

Verkauf

Wäschestoffe, Inletts
Damaste, Wallis
Handtücher, Tischtücher

Reste von Waschstoffen

Reste von Gardinen
Möbelstoffen, Läufern
Linoleum

Morgen!

ca. 2000 Stück schwere, halbleinene

Damastgesichtshandtücher

teilweise Gerstenkorngewebe, Größe
45x100 und 45x100, fertig gesäumt
und gebündelt, mit kleinen Schön-
heitsflehl, z. Aussuch., durchw. St.

84 Pl.

ca. 2000 Stück ganz vorzügliche, halb-

und reinleinene, schwere

Damast-Servietten

in folgenden Größen, ca. 50x50 und 60x60,
mit kleinen unwesentlichen Schönheitsflehlern,
zum Aussuchen

Serie I Serie II

Stück 62 Pl. Stück 73 Pl.



David: Referentenführer.

Eine Anleitung für sozialistische Redner.

Preis nur 50 Pl., anwärts 10 Pl. Porto.

Volkswacht-Buchhandlung (Moderne Antiquariat)

Breslau III, Neue Graupenstr. 5.



VIM
putzt
Zum
Scheuern
schmutziger
Treppenstufen
kommt VIM, der
Zauberer, wie gerufen.

VIM macht den Hausputz leicht und angenehm. VIM gibt allen Gegenständen aus Stein, Holz u. Metall neuen Glanz. Nichts in der Welt ist so gut wie VIM.



Liebig-Theater

Gastspiel des Berliner

Metropoltheaters

Unwiderklich lebe

Bohne!

Täglich 8 Uhr:

Die

Jugendprinzessin

Auff. v. Kurt Zorlig

Voranzeige!

216

Sonnabend, 16. Juni,

täglich 8 Uhr,

Sonntags auch 4 Uhr

Die groß. Künstler. Szene

Große Kleinfestten

in 40 Bildern

Eine in Breslau

noch nie gezeigte

Ausstattung!

Preise ab 1.00 RM.

Druckerei Volkswacht

fertigt moderne Drucksachen

Breslau 2 Flurstraße 4/6

Riesenauswahl

moderner Markenräder

für nur 39,50 aufwärts

Niedrigste

An- u. Abzahlungs

Niedrigste Cassapreise

Reparaturwerkzeuge

schnell. Ersatzteile enorm billig

fahrrads. Eximius

Reussstraße 26

Konzerthaus WAPPENHOF

Heute Dienstag,
sowie Mittwoch und Donnerstag
ab 4 Uhr:

Großer heiterer Nachmittag

mit dem auserlesenen Programm.

Eintritt 25 Pf.

Anschließend:

Der beliebte Wappenhofball

Gewinn-Liste des Breslauer Hebammen-Vereins

10	50	67	84	134	152	196	283	520	600
588	612	678	720	811	835	863	922	981	1041
1402	1410	1428	1443	1475	1477	1481	1481	1481	1481
1590	1670	1672	1690	1712	1733	1787	1791	1791	1791
1827	1838	1920	1924	1958	1991	2002	2072	2072	2072
2106	2143	2150	2192	2247	2307	2355	2379	2379	2379
2386	2420	2424	2443	2490	2512	2533	2580	2580	2580
2612	2651	2704	2709	2717	2751	2781	2781	2781	2781
2818	2842	2849	2851	2865	2867	2922	2922	2922	2922
2953	3038	3041	3044	3046	3072	3117	3162	3162	3162
3177	3230	3241	3284	3321	3354	3365	3419	3419	3419
3434	3640	3671	3676	3686	3716	3726	3726	3726	3726
3863	3872	3917	4139	4211	4216	4227	4274	4274	4274
4308	4424	4471	4569	4588	4626	4729	4749	4749	4749
4791	4816	4834	4839	4878	4893	4922	4984	4984	4984
4935	4957	5009	5019	5066	5102	5107	5177	5177	5177
5168	5169	5178	5294	5339	5345	5411	5401	5401	5401

(Ohne Gewähr)

Teppiche Läufer, Divan- u. Steppdecken

ohne Anzahlung in 10 Monatsraten liefern

Agay & Glöck, Frankfurt a. M. 19

Größtes Teppichverandahaus Deutschlands.

Schreiben Sie sofort! 11-35

Sebastian

2-Zimmerwohnung mit Küche
Südwestlage, gegen gleiche
Rohr u. Gas, vollst. ohne
Bewehrung, 8-10 u. 11-12
Df. u. 225 ab. 225 ab. 225

Zahle 1000 RM.

Zahlungsbereitschaft für eine
angenehme 2-Zimmer-
wohnung, vollst. modern
in D. dieser Größe.
Df. u. 11 u. 12 u. 13 u. 14
Gef. b. 225 ab. 225 ab.

Zentrale

1-Zimmer-Wohnung mit Be-
heizung in großer ohne
Bewehrung. Df. u. 11 u. 12
u. 13 u. 14 u. 15 u. 16
Df. u. 225 ab. 225 ab.



Sie macht man sich das Waschen leicht!

Mit Henko nur wird eingeweicht!

Reichen Sie die Wäsche am Abend vor dem Waschtage in kaltes Henko-Lauge ein. Henko lockert über Nacht allen Schmutz.

Henko

erspart Ihnen das Vorwaschen!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. Juni 1928.

Erste Stadtverordnetenversammlung.

Das neugewählte Stadtparlament trat gestern zu seiner ersten Sitzung zusammen, um sich einen Vorstand zu wählen und den Ausschuss I, Wahl- und Verfassungsausschuss, zu beauftragen, die Wahlen zum Magistrat, zu den anderen sieben Ausschüssen und zu den Deputationen vorzubereiten hat.

Das älteste Mitglied der Versammlung, der Deutschnationale Dr. Fischer, war nicht anwesend, so daß der Demokrat Dr. Heilberg, das zweitälteste Mitglied, als Alterspräsident die Vorsitzerschaft übernahm.

Den Vorsitz der Stadtverordneten hatten nach parlamentarischer Brauch die Deutschnationalen als zweitstärkste Partei zu stellen.

Dann zeigte sich bei der Wahl der Beisitzer auch gleich wieder die kommunistische Prinzipientreue. Bei der Wahl des Beisitzers, der Kommunist Adelt als erster und Frau Ollendorff von den Demokraten als zweite zur Stellvertretung gewählt wurden, machten sie als gute Parlamentarier freundlichkeit mit.

Der Ausschuss I wurde wie folgt zusammengesetzt: Masch, Dr. Säflein, Großmann, Krumm, Frau Wittner, Neumann, Künzler, Fr. Blajchle, Dr. Rujatowsky, Thum, Dr. Wolf, Soppelt, Gaumermann, Dr. Heilberg und Ammon.

Zur Jahresversammlung des Schlesischen Städtetages wurden delegiert von unserer Partei Krumm, Ollendorff, Kaufsch und Frau Günther, von den Deutschnationalen Friese und Dr. Gesebel und vom Zentrum Dr. Soppelt.

Herr Ammon von den Kommunisten wollte die kleinen Fraktionen bedacht wissen. Die Sozialdemokraten sollten den Kommunisten ein Mandat abtreten und die Deutschnationalen eins an die Demokraten. Aber so eilig hat es keine große Partei, auf Rechte zugunsten anderer zu verzichten.

Nach einstündiger Dauer konnte Vorsitzender Bandmann die erste Sitzung schließen. Die nächste wird wahrscheinlich Donnerstag, den 21. Juni, stattfinden.

Baunfälle in Breslau.

Wiederum sei ein kleiner Teil der in den letzten zwei Monaten vorgefallenen Unglücksfälle registriert.

Der Maurer Gerhard Schögel glied am 14. April auf dem 1. Meter-Bodgerüst aus und stürzte ab. Er verstauchte sich das rechte Fußgelenk, die sofortige ärztliche Behandlung notwendig machte.

Am 16. April verunglückte an der Baustelle Postkassendarm, Unternehmer Huta, der Polier Geister dadurch, daß er fehltrat und vom 11. Stockwerk bis in das 4. Stockwerk abstürzte. Er erlitt einen dreimaligen Wirbelsäulenbruch und verstarb bei der Einlieferung in das Krankenhaus.

Am der Baustelle bei dem Bau- und Sparverein Brodau verunglückte der Träger Paul Kramer am 24. April. Er hatte das volle Kalkschaff abgehoben, trat fehl und es fiel ihm das gefüllte Schaff auf das Knie; er wurde arbeitsunfähig.

In der Baustelle Märkischertrasse verunglückte am selben Tage vormittags der Lehrling Alfred Hellmann, er stürzte vom hohen Bodgerüst ab und mußte nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft werden.

Weiter verunglückte am 24. April der Hilfsarbeiter Hoffmann an der Baustelle Pfeffer, Fringsheim (Abbruch Wertheim, Schweidnitzer Straße). Aus dem 3. Stock fiel ihm eine Einbauleuchte hochkantig auf den linken Fuß. Arbeitsunfähigkeit war die Folge.

An der Baustelle Bunzlauer Straße, Unternehmer Simon & Halpaap, verunglückte der Maurer Walter Münch beim Einschalen einer Gewölbekappe. Ein Nagel, der er einschlagen wollte, sprang zurück und ihm in das linke Auge. Sofortiger Transport in das Krankenhaus war notwendig.

Am selben Tage, den 28. April, fielen dem Arbeiter Kurjowski durch den Abbruch eines Bogens Ziegelblöcke auf den Rücken. Es wurde ihm der rechte Arm gebrochen und er erlitt außerdem innere Verletzungen. Er mußte ebenfalls sofort in das Allerheiligen-Hospital geschafft werden. Der Unfall trat an der Baustelle Pfeffer & Fringsheim (Abbruch Wertheim, Schweidnitzer Straße) zu.

An derselben Baustelle, am 30. April, trat sich der Hilfsarbeiter Schöter einen Nagel in den linken Fuß und zog sich eine Blutvergiftung zu.

In der Baustelle Bromnistrasse, Unternehmer Adler, verunglückte der Polier Pohl am 3. Mai. Er half beim Einlegen eines Hürdenwagens und kam mit der Hand zwischen Rad und Ringe. Die Hand wurde stark gequetscht und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden.

Am 7. Mai wurde beim Ausschachten der Kistgrube an der Baustelle Siedlungsgeellschaft A.-G. Sauerbrunn, der Arbeiter Hansbach durch Ruppen der Erde an die stehengebliebene Erdwand gedrückt und erlitt erhebliche Brust- und Beinverletzungen.

Der Mauer Kamsel erlitt am 10. Mai an der Baustelle Hoffmann und Krenner, Zimpel, dadurch eine linksseitige Kopfverletzung, daß er beim Umlegen der Gerüstbäume rückwärts mit dem Kopf an die Mauerseite geschlagen wurde. Erwerbsunfähigkeit war die Folge.

Am 18. Mai, vormittags, stürzte der Bauarbeiter Margalle an der Baustelle Friedrich-Wilhelm-Straße 86, Unternehmer Ebner, vom 1. Stock ab, er zog sich einen Oberschenkelbruch zu.

Durch Absturz verunglückte der Maurer Bogt am 23. Mai an der Baustelle Dompfatz, Unternehmer Just. Er war bewußtlos und mußte sofort nach dem Josefsstift überführt werden.

An der Baustelle Dürrgoy, Gasanstalt, Unternehmer Hehke, fiel dem Arbeiter Baumgart aus zwei Meter Höhe ein Ziegel auf den Kopf und er wurde arbeitsunfähig.

Ein Unfall, der ganz sicher hätte vermieden werden können und von grober Fahrlässigkeit zeugt, trug sich an der Baustelle Steinhauer Straße 24, am 4. Juni, vormittags, Unternehmer Striße. Am 2. Stock hatte man den Giebel nach der Hinterhof liegenden Kolonialwarenhandlung-Bäckerei aufgeführt und bis zur Höhe des alten Giebels einen Stein hochgeführt.

Es wurde dann, um zweifelhafte Mauerwerk zu erreichen, über dem ebenfalls einen Stein starken alten Giebel auf zwei Schichten ein ganzer Stein übergefragt und der Hofraum mit Ziegeln und einem Brett vom verläufigen Halt das darüberliegende übergehende Mauerwerk gestützt. Nach Hochziehung des nunmehr zwei Stein starken neuen Giebels wurde ein Maurer beauftragt, Ziegeln und

Brettstöße hervorzunehmen, womit zugleich auch der Lehrling Gustmann beauftragt wurde. Da das Mauerwerk noch nicht abgehoben und auch eine Deckenverpannung noch nicht vorhanden war, stürzte das gesamte über dem alten Giebel liegende neue Mauerwerk dem mit dem Lösen der Stützen beschäftigten Lehrling auf den Körper, durchschlug an mehreren Stellen das Weibhiebloch der Bäckerei, riß natürlich den Lehrling ebenfalls mit hinunter und begrub ihn. Er war bewußtlos, war stark zerschlagen und es werden wahrscheinlich erhebliche innere Verletzungen die weitere Folge sein. Zugleich erlitt ein unter dem Dach stehender Bäder erhebliche Kopfverletzungen durch das herunterstürzende Mauerwerk. In diesem Falle wird eine sehr eingehende Untersuchung am Platze sein.

Aus den vorstehenden wenigen Fällen mögen die Kollegen ersehen, daß immer noch zu wenig auf den Bauarbeiter-Schutz Bedacht genommen wird. Wir bitten nach wie vor und mehr als bisher daran zu denken, daß die Kollegen am Bau sämtlich auch eine Verantwortung gegenüber ihren Angehörigen haben. Erschleicht euch und uns auch mehr unsere Arbeit, indem ihr vorlässiger werdet, die in vielen Fällen schandige Arbeitshygiene unterläßt und nach wie vor bitten wir, Unfälle nach hier mitzuteilen. Die jetzige Telefonnummer der Bauarbeiter-Schutzkommission ist 20378 und 21722.

Bauarbeiter-Schutz-Kommission Breslau.

Die Behandlung der Gesuche um Namensänderung.

Durch die Kabinettsorder vom 15. April 1922 war bestimmt worden, daß nur mit unmittelbarer landesherrlicher Erlaubnis eine Änderung des Familiennamens oder Geschlechtsnamens vorgenommen werden könne. Im Verfolg dieser Kabinettsorder übertrug der König durch Erlass vom 12. Juli 1867 die Befugnis zur Genehmigung von Namensänderungen auf die Bezirksregierung und behielt sich lediglich die Genehmigung zur Veränderung eines adeligen Namens oder zur Annahme adeliger Prädikate vor.

Nach der Staatsumwälzung gingen die Rechte, die dem König aus der Kabinettsorder von 1882 zustanden, gemäß § 5 des Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 20. März 1919 auf die Staatsregierung und nach Art. 22 Abs. 1 der Verfassung vom 30. November 1920 auf das Staatsministerium über. Durch Verordnung der Staatsregierung vom 3. November 1919 wurde die Entscheidung über Gesuche um Veränderung von Familiennamen dem Justizminister, ihre Vorbereitung den Amtsgerichten übertragen. Maßgebend für diese Neuordnung war die Erwägung, daß die Namensänderungen nach Gleichstellung der bürgerlichen und adeligen Namen dem Geschäftskreise der Justizverwaltung näher lagen als dem der inneren Verwaltung und daß im Interesse der Gleichmäßigkeit eine Vereinigung in der Zentralstelle wünschenswert sei.

Wie die seither gemachten Erfahrungen ergeben haben, enthalten die Gesuche um Namensänderung zu einem großen Teil ganz einfache und ähnlich liegende Tatsachen (Verdeutschung ausländischer Namen und familienrechtliche Gründe, z. B. die Übertragung des Namens des Erzeugers auf uneheliche Kinder), deren Entscheidung keine Schwierigkeiten bietet und nach bestimmten Grundregeln erfolgt. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Justizminister dem Staatsrat im Interesse einer Entlastung des Justizministeriums den Entwurf einer Verordnung zugehen lassen, in der vorgeschlagen wird, den Justizminister zu ermächtigen, die Entscheidung in solchen Fällen auf nachgeordnete Behörden zu übertragen. Zur Vermeidung widersprechender Entscheidungen ist beabsichtigt, genaue Richtlinien zu geben und die Beschwerden gegen ablehnende Entscheidungen der nachgeordneten Behörden an den Justizminister zuzulassen.

Hausangestellte vor dem Arbeitsgericht.

Die sich häufenden Klagen von Hausangestellten, die ihren Weg trotz einer gewissen Scheu und meist ohne Verhandlungsvertreter zum Arbeitsgericht finden, sind der Beweis für die Zustände, die hier noch herrschen und die dringend die Schaffung eines Hausangestelltengesetzes erheischen.

Die üblichen Auseinandersetzungen.

Zwischen der Dienstherrin B. und ihrem Tagmädchen St. kam es sehr oft wegen nichtigsten Dinge zu scharfen Auseinandersetzungen. Als das Mädchen einmal die Antwort nicht schuldig blieb, quittierte der Hausherr diese „Ungehörigkeit“ mit einigen Ohrfeigen. Es folgte fristlose Entlassung und Bezahlung bis zum Entlassungstage. Darauf Klage auf Zahlung des vollen Monatsgehalts. Von der Gegenseite Behauptung an Gerichtsstelle, daß das Mädchen die Dienstherrin schwer beleidigt habe und deshalb entlassen sei. Da diese Aussage bestritten wurde, mußte sich das Mädchen vergleichsweise mit 3,30 Mark restlicher Gehaltsforderung zufriedengeben.

Schlechte Behandlung.

Vier Monate war die Hausangestellte E. bei Frau J. in Stellung. Am 5. d. Monats aber glaubte sie die ihr zuteil gewordene schlechte Behandlung nicht mehr ertragen zu können und verließ die Stelle. Nun erhielt sie weder Lohn für die ersten fünf

Morgen abend um 20 Uhr Gesangskonzert des Arbeiter-Sänger-Bundes aus Polen im großen Saale des Gewerkschaftshauses Eintritt 40 Pf.

Theater und Musik.

Thalia-Theater.

„Der letzte Schleier“ von G. W. Wheatley.

Dieses englische Kriminalstück ist ein so recht für die Hundstunde geeigneter Reiz, ohne tiefere psychologische Grundlage oder literarische Gestaltungskraft, aber fabelhaft geschickt gemacht. Obwohl die Zahl der Unwahrscheinlichkeiten, auf denen die Verwicklungen des Kriminalfalles aufgebaut sind, verhältnismäßig nicht groß ist (sie zählte im ganzen drei krasse Unwahrscheinlichkeiten), ist es dem Autor gelungen, von Anfang bis zu Ende das Publikum in atembrechender Spannung zu halten. Es ist ganz ähnlich wie in dem hier schon geprüften Stück von Wallace „Der Herr“.

Nur ist dieses neue Kriminalstück meines Erachtens noch laudabler gearbeitet. Es arbeitet nicht mit so krasse Unwahrscheinlichkeiten wie der Heger. Die Verwicklungen sind ebenso überaus leicht logar noch verblüffender. Das Publikum folgte den Vorgängen mit hoher Spannung, daß sich am Schluß jeden Aktes wahre Beifallsstürme erhoben.

mir als Kronanwalt etwas zu streng. Vorzügliche Charaktertypen zeichnete Siegfried Brud und ganz besonders Alfred Lipschütz. Letzterer spielte einen verküppelten Polen, eine seltsame Mischung von Selbstironie, Hinterhältigkeit und Menschenverachtung. Auch Josef Keim als der Expreser Thomas Reeves zeigte einige ganz neue Züge und arbeitete vor allen Dingen die Kalkulationsfertigkeit dieses Verbrechers vorzüglich heraus. Von den Damen überragte Theresia Thießen als unglückliche und gequälte Minor alle anderen Darstellungen. Sie wußte durch ihr eindringliches Spiel die Zuschauer zu packen. Etwas kläglich blieb dagegen die Ritty Molesworth der Gerda Oriens.

Wir sind sicher, daß sich das Publikum bei dem Stück auch fernerhin ausgezeichnet unterhalten wird und daß das Thalia-Theater noch zum Schluß der Saison auf eine Reihe ausverkaufter Häuser rechnen kann.

Schauspielhaus.

Künnete: „Die singende Venus.“ (Uraufführung.)

Man darf es den Herren Gustav Beer und Fritz Lunzer zugehen, daß sie wenigstens mit der löblichen Absicht an ihr Textbuch herangingen, einmal gehörig vom abgebrauchten Muster abzuweichen; kurz vor Schluß ihres Stückes unternahm sie beispielsweise frisch gewagt einen Ausflug auf das wirksame Gebiet der Filmoperette. Meiner dieser an sich billigen Wendung verbannt das Proletaria eine eigene Note. Aber es fehlte den Ausfühlgern immerhin noch der Mut und fester auch die Einfallskraft dazu, der zu einer köstlichen Mode sich ausgewachsenen Gesellschaftsoperette gänzlich auszurücken. Auch ihre singende Venus ist ein berühmter Kabarettist, der das Unflätig hatte, sich in einem Infinitivsprünge zu verlieren. Die Künstlerin dreht sich gleich im ersten Akt selbst ihren Strid, indem sie dem Regierungsvertrauten für einen hohen Betrag schriftlich gibt, daß sie von dem vermeintlich ungeliebten Prinzen nie heiraten wird. Der Konflikt

ist erst zur Lösung reif, als sich die benachteiligte Dame einem um sie werbenden asiatischen Fürsten antrauen läßt. Damit aber wird sie plötzlich standesgemäß und kann, da sie der hochherzige (und übrigens einen Trost verübenden Baron besitzende) Herrscher freizüß, ihren Prinzen bekommen. — Eduard Kühnke brauchte, ehe er zu dieser Operettengattung gelangte, einen großen Umweg, auf dem er freilich seiner Eigenart ein wenig unterworfen wurde. Er ist hier nicht mehr der Komponist der opernhaften „Lady Hamilton“, aber noch weniger fand er zum vollstimmigen Singpielchen seines „Walters aus Dingsda“, dem von ihm vortrefflich zur Geltung gebrachten Stil, zurück. In der Orchesterbehandlung leitet ihn nach wie vor guter Geschmack und an mehr als einer Stelle verrät er seine Opernreue, aber können wir es ihm allzusehr verüben, wenn er in seiner Melodik mancherlei Anleihen, einmal bei der Verdischen „Aida“, ein anderes Mal gar beim „Valencia“-Schlager macht. Was seinen idematisch arbeitenden Librettisten recht ist, darf ihm schließlich billig sein.

Die Darsteller, mit Aufmerksamkeit bei der Sache, haben hier keine Gelegenheit, sich von einer neuen Seite zu zeigen. Anny Ahlers führt uns wieder eine gut angezogene Künstlerin vor; dank einer guten Spieltechnik weiß sie ihre nicht immer ganz langweiligen Handlungswerte einigermaßen überzeugend zu begründen, wobei nicht zuletzt ihr vorzüglich durchgebildeter Gesang Ausschlag gibt. Günter Fischer stellt keine tenorischen Vorzüge in den Dienst der Prinzenrolle. Der Vogel schießt jedoch Ernst Wendler als wenig von Kultur belehrt, kaufmännischer Finanzminister ab, während Leo Witmer aus den nicht immer neuen Wigen eines Filmregisseurs und Trude Kretz aus seiner eifersüchtigen Braut viel belächelte Pointen herauszuholen vermögen. Erich Gottschalk bewährt sich in der repräsentativen Rolle des kaufmännischen Hans, ebenso Edmund Bouck als ediger Kammerherr und Lotte Kozin in einer kleinen Charak. Er ist Gommer, der musikalische und Otmare Lang, der Spielleiter, sorgen für stotter Tempo. Die Premiere dirigierte der Komponist selbst.

Tag, noch ein Zeugnis; auch ein Teil ihrer Sachen wurde zurück behalten. Erst durch Klage vor dem Arbeitsgericht, das in der Beweisaufnahme tatsächlich eine unwürdige Behandlung durch die Dienstherrin feststellen konnte, erhielt sie Lohn, Zeugnis und ihre Sachen.

Oberlegen und obendrein Beleidigungsklage.

Auch die Hausangestellte B. mußte bereits nach vierstägiger Beschäftigung ihre Dienststelle verlassen, weil sie geschlagen wurde und sich eine derartige Behandlung nicht mehr gefallen ließ. Dieser Auffassung gab sie auch bei ihrem Weggang begrifflicherweise mit wenig überlegenen Worten Ausdruck. Als sie vor dem Arbeitsgericht den nicht erhaltenen Lohn einklagte, mußte sie erfahren, daß ihre „Herrschaft“ obendrein Beleidigungsklage gegen sie angestrengt habe. Durch die Vermittlung des Gerichts kam ein Vergleich zustande. Die „Herrschaft“ erklärte die Beleidigungsklage zurückzunehmen und das Mädchen verzichtete auf ihre Lohnforderung.

Entlassen oder selbst gegangen?

Das Alleinmädchen B. wurde eines Tages krank und blieb darum bei den Eltern zu Hause. Nach ihrer Genesung wurde sie nicht mehr weiter beschäftigt. Vor dem Arbeitsgericht klagte sie nun, da sie sich als fristlos entlassen betrachtete und keinen Lohn erhalten hatte, auf Zahlung des Lohnes für einen Monat und eine Entschädigung für nicht erhaltene Kost und Logis. Die beklagte Dienstherrin behauptete vor Gericht, daß das Mädchen freiwillig ihre Stellung verlassen habe. Das Gericht war der Auffassung, daß die Frage: fristlos entlassen oder von selber gegangen von untergeordneter Bedeutung sei. Das Mädchen habe ohne Zustimmung der Dienstherrin ihre Stellung verlassen, und allein aus diesem Grunde sei eine eventuell fristlose Entlassung berechtigt gewesen. Die Beklagte wurde schließlich zur Zahlung von 14 Mark für ihr geleistete Dienste verurteilt, jeder Mehranspruch aber abgewiesen.

Um die Vermittlungsgebühr.

Das Mädchen K. wollte eine neue Stelle antreten, war aber sehr erkümmert, als noch vor ihrem Antritt ihre Dienste abgelehnt wurden und außerdem eine Klage gegen sie auf Zahlung der Vermittlungsgebühr von 9 Mark angestrengt war. Vor dem Arbeitsgericht hörte sie nun, daß die Zeugnisse durch Veränderung der Daten gefälscht gewesen seien. Sie bestritt, diese Veränderungen selbst vorgenommen zu haben. Da ein Beweis von beiden Seiten nicht geführt werden konnte, verglich man sich auf Vorbehalt des Gerichts dahin, daß das Mädchen nur 4,50 Mark für die Vermittlungsgebühr zu zahlen habe.

Silberne Vögel verschwunden.

Beim Rechtsanwalt L. sollte ein silberner Vögel fortgenommen sein, den natürlich (!) die Aufwartefrau K. „verloren“ hat. Man drohte ihr, ohne eine Spur von Beweis in Händen zu haben, mit Lohnentzug. Darauf verließ die Frau die Arbeitsstelle, worauf man sich prompt weigerte, 84 geleistete Lohnstunden insgesamt drei Mark zu bezahlen. So mußte sie erst wegen des Falles zum Arbeitsgericht laufen, um hier zunächst einmal zu erfahren, daß eine Beweisaufnahme mit Zeugenvernehmungen notwendig ist, bevor über ihren Anspruch entschieden werden kann.

Generalversammlung der Abstinenten.

Am vergangenen Donnerstag hielt die Ortsgruppe Breslau des Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes ihre Generalversammlung ab, in der der Schlupfunkt unter eine wenig erfreuliche Periode politisch-personlicher Auseinandersetzungen geleitet wurde, die von einigen „parteilosen“ bzw. kommunistischen Mitgliedern verurteilt, die sachliche Arbeit der proletarischen Minderheitsorganisation längere Zeit lahmlegte. Der Bundesvorsitzende hatte den Genossen Eggers beauftragt, die Rekrutierung des Ortsverbandes vorzunehmen. Vorweg entstand in der gut besuchten Versammlung eine lebhafteste Diskussion zwischen dieser Gruppe, die es zwar ablehnte, als Fraktion bezeichnet zu werden, aber geschlossen als Fraktion handelte, und einen themenmäßig aufgestellten Wahlvorschlag einbrachte. Mit einem dieser Vorschläge würdigem Güter trat Genosse Jochler für das Recht Unorganisiert zum Beitritt in den Bund ein, obwohl in den Bundesangaben die Zugehörigkeit zu einer klassenmäßigen Organisation, also Gewerkschaft oder Partei als Vorbedingung der Mitgliedschaft im D.A.A.B. festgelegt ist. Als der Vorschlag nicht die genügende Stimmenzahl auf sich vereinigte, lehnte die Gruppe es ab, Kandidaten zum Ortsvorstand zu benennen. Es wurden alsdann durch Jochler die Genossen: Stahl, M. Kausch zum Vorsitzenden, E. Weiss zum Schriftführer und Unger zum Kassierer sowie zwei weitere Genossen zu Revisoren und Beisitzern mit 13 gegen 5 Stimmen bestellt.

Der anschließende gelesene Kassenbericht des Genossen Unger wies einen günstigen Finanzstand der Ortsgruppe auf. Zugleich einer von Genossen Jochler angeregten Debatte wurde beschlossen, diese gleichzeitig mit der nächsten Tagung der Provinzialhauptstelle einzubringen. Ein weiterer Antrag Jochlers auf Anschließung an das Arbeiter-Sportkartell wurde dem Vorstand überwiesen, der die Voraussetzungen eines solchen Beitritts prüfen und ihn gegebenenfalls vollziehen soll. Dann meinte ein Mitglied der Sondergruppe dem Kampf gegen den Alkohol zu dienen, indem es beantragte, die Mitglieder des D.A.A.B. dürfen keiner kirchlichen Gemeinschaft angehören. Da dem nicht beigetreten wurde, verließ er die Sitzung und erklärte seinen Austritt. Zum Schluß gab Genosse Kausch einen Bericht über die von ihm geleistete zukünftige Arbeit im D.A.A.B., dem eine Diskussion folgte, an der sich die Genossen Jochler, Weiss und Jachetzki, Todus und Krenzlowski beteiligten. Einmütig wurde anerkannt, daß das Schwergewicht der propagandistischen Arbeit in die einzelnen Zweige der Arbeiterbewegung gelegt werden müsse. Nach einem kurzen Schlusssatz des Vorsitzenden wurde die Versammlung, die hoffentlich einen Ausgangspunkt neuer und fruchtbringender Wirksamkeit im Kampfe gegen den Alkohol in der Arbeiterbewegung bildet, geschlossen.

Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen.

Am 4., 5., 6. und 7. Juni hielt die Ortsgruppe Breslau wiederum vier gut besuchte Mitgliederversammlungen ab. In allen Versammlungen konnten eine Anzahl neuer Mitglieder gewonnen werden, ein Zeichen, daß das Alter immer mehr erkannt, daß die Organisation der Arbeitssopfer ganz und allein besteht ist, die heutigen sozialen Mißstände zu beseitigen. Die Tagesordnung war in allen vier Versammlungen einheitlich. In einem einmütigen Beschlusse beschloß sich Kollege Wagner mit dem aktuellen Thema: „Nach der Schlacht und was fordern die Arbeitssopfer.“ Kurz wiedergegeben führte er a. a. aus: Die Wahlen sind vorüber. Am 20. Mai haben die deutschen Wähler über die Politik des Bürgerblocks geurteilt; das Urteil



3. Gantreffen des Reichsbanners in Breslau vom 15.-17. Juni.

Freitag, den 15. Juni,

20 Uhr: Hadelzug sternförmig von den Sammelplätzen der Abteilungen Wertelstraße, Mariasplatz, Reichspräsidentenplatz, Kriechlestraße nach dem Schloßplatz, Großer Zapfenstreich.

Sonnabend, den 16. Juni,

20 Uhr: Festkonzert im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 17. Juni,

13,15 Uhr: Festakt auf dem Schloßplatz. Konzert, Gesang, Festansprachen. Durch Siemens & Halske-Lautsprecher übertragen.

14 Uhr: Festzug nach dem Luna-Park. — Schweidnitzer, Junkernstraße, Christenhorstplatz, Ohlauer, Klosterstraße, Mauritiusplatz und Weidenbamm.

Ab 16 Uhr: Lunapark und Heinkel, Morgenaus: Konzert und Tanz. Brillant — Feuerwerk.

Zahnen heraus!

lautete „Schuldig“. An der Gestaltung dieses neuen Reichstages haben unsere Verbandkolleginnen und -kollegen erfreulicherweise sehr aktiven Anteil genommen. In herzergründender Weise haben unsere Kollegen in den Wahlplätzen eingegriffen, überall waren sie auf dem Posten. Nur wenige Mitglieder werden nicht zur Wahl gegangen sein, und ganz zweifellos haben die Arbeitsinvaliden an der Niederlage des Bürgerblocks einen nicht unerheblichen Anteil. Daß die größte Arbeiterpartei, die Sozialdemokratische Partei, alles verliert wird, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und, was wir ganz besonders betonen, auch die Interessen der Arbeitsinvaliden wahrzunehmen, halten wir für selbstverständlich. Was es bisher nicht leicht, eine vernünftige Sozialpolitik zu treiben, und hat die bisherige Rechtsregierung auch keinen rechten Verstand umernommen, so liegt es jetzt umgekehrt. Wir erwarten von der SPD, daß sie alles tut, um einen weiteren Ausbau der sozialpolitischen Gesetze herbeizuführen. Die Partei hat uns das auch im Wahlkampf versprochen. Im alten Reichstag haben wir dauernd das Gerede gehört: „Die Wirtschaft kann die sozialen Lasten nicht tragen.“ Wir behaupten das Gegenteil. Die Wirtschaft ist im großen und ganzen gesund und vor allen Dingen fühlen sich unsere deutschen Kapitalisten bei dieser deutschen Wirtschaft sehr wohl. Die deutsche Wirtschaft ist in der Lage, die sozialen Lasten aufzubringen. Sie muß die Mittel ausbringen, die erforderlich sind, um den Arbeitslosen, Kranken, Gebrechlichen und Alten eine Lebensgrundlage zu geben. Mit 20 bis 35 Mark monatlicher Invalidenrente findet der Arbeitsinvalide keine Existenz. Das Ziel unserer Organisation, ja das Ziel jedes vernünftigen Menschen ist, die Invalidenrente so zu bemessen, daß sie wenigstens einen bescheidenen Lebensunterhalt gewährleistet. Die vom letzten Reichstag nicht durchgeführte Erhöhung des Kinderzulages auf eine einwöchentliche angemessene Summe muß jetzt durchgeführt werden. Weiter fordern wir, daß die Witwen aus der Invalidenversicherung Renten erhalten, auch dann, wenn sie noch nicht invalide sind. Den Witwen, deren Männer vor dem Jahre 1912 invalide oder gestorben sind, muß ebenfalls in allen Fällen Rente gegeben werden. Die Knapptätigkeitsversicherung bedarf ebenfalls einer gründlichen Reform. Die Förderung unserer Organisation, die Unfallrenten periodisch nach den jeweils geltenden Löhnen neu zu errechnen, hat der alte Reichstag nicht mehr erledigt. Der Unfallbeschäftigte aus früherer Zeit darf nicht dauernd unter der Ungunst des früheren Lohnniveaus leiden. Die Arbeitsinvaliden werden eine Reichstagsmehrheit und eine Regierung unterhalten, die sich auf den Boden des sozialen Fortschritts stellt. Wir wollen, daß die deutsche Republik sozialer Inhalt bekommt. Das war unser Ziel, das wir uns bei den Wahlen gesetzt haben. Unser Ziel werden wir uns so eher erreichen, je größer das Vertrauen unserer Mitglieder zum Verhaue ist und je eifriger unsere Kolleginnen und Kollegen für die Ausbreitung unserer Organisation Sorge tragen. Eine starke Organisation ist uns die beste Gewähr für sozialen Fortschritt. — Im Gewerkschaftshaus ergriffen in der sich anschließenden Aussprache die Kollegen Beier und Kattner sowie die Kollegin Marjante das Wort und unterstützten die Ausführungen des Referenten. Beifall lohnte die Funktionäre für ihre Ausführungen. — Kollege Tiller, der zurzeit auf Urlaub in Breslau weilte, schilderte die sozialen Verhältnisse Ostpreußens, seines jetzigen Wirkungsbereiches, und erntete Dank für seine trefflichen Schilderungen. — Einmütig wurde beschlossen, Montag,

den 9. Juli, nachmittags, im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Auenfest abzuhalten, um dem Alter wieder ein wenig Stunden der Geselligkeit und Unterhaltung zu bieten. Mitgeteilt wurde, daß am Montag, den 16. Juli, nachmittags 2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung, Breslauer Sterbefalleneinrichtung stattfindet. — Die nächsten Versammlungen finden statt:

Montag, den 2. Juli, nachmittags 2 Uhr: Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Strasse;

Dienstag, 3. Juli, nachmittags 2 Uhr: Hubertusaal, Griebelstraße;

Mittwoch, den 4. Juli, nachmittags 2 Uhr: Feldschloß, Weidenbammstraße;

Donnerstag, den 5. Juli, nachmittags 2 Uhr: Wäldchen, Gabelstraße.

Nach Erledigung einiger wichtiger Verhandlungsangelegenheiten fanden die Versammlungen ihren Abschluß. — In der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Thomas-Breslau, Wachsmann, Brodau, Dombrowski, Grobpietsch und Lindner.

Sprechstunden finden statt: Montag, Dienstag, Mittwoch von 9-12 Uhr im Büro Margaretenstraße 17, Zimmer 70.

Vom Lebensmittelmarkt.

Endlich wurde die Butter etwas billiger. Beste Molkereibutter kostet 1,95 bis 2 Mk. das Pfund. Auch die Landbutter wurde etwas billiger; sie wird mit 85 und 95 Pf. das Pfund verkauft. In einigen Geschäften wurde schließliche Landbutter für 83 und 93 Pf. das halbe Pfund angeboten. Eier kosten nach wie vor 9, 10 und 11 Pf.

Auf dem Gemüsemarkt werden Massenangebote Salat und Spargel gemacht. Das Kopfsalat wird von 5 an oder zwei Köpfe zu 15 Pf. abgegeben. Spargel wird auch viel gekauft. Suppenparzel kostet 40 bis 70 Pf., Stangenparzel 1,10 und Überzügler 1,20 bis 1,40 Mk. das Pfund. Ein Bündel Oberrüben kann man schon mit 30 Pf. kaufen, doch fordert man für größere Bündchen bis 90 Pf. Junge Mohrrüben und Karotten haben nach den Preis der Vorwoche, nämlich 40 Pf. für ein mittelmäßiges Bündchen. Grüne Bohnen, die ziemlich häufig zu sehen waren, haben einen Pfundpreis von 65 und 70 Pf. Karbaber ist mit 15 Pf. das Pfund oder zwei Pfund mit 25 Pf. bezahlbar, ist also etwas teurer geworden. Keine Kartoffeln werden zwei Pfund für 25 Pf. verkauft. Eine mittlere Wummschlote kostet 60 und 80 Pf. Man sah auch noch ein Angebot an Wesslstrau zu 35 Pf. pro Pfund. Das Pfund Schlangengurken wird für 70 bis 80 Pf. abgegeben. Die grünen Stachelbeeren kosten 50 bis 70 Pf. Ein Bündchen Matreidde war für 10 Pf. angeboten. Denselben Preis hat ein Bündchen Radisechen. Ein kleiner Korb Champignons sollte mit 60 Pf. das Viertelpfund bezahlt werden. Ein Viertelpfund Tomaten kostet 20 Pf. Feine Zwiebeln sind zu 25 Pf. das Pfund, junge Zwiebeln zu 10 Pf. das Bündchen am Markt.

In den Fleischereien blieben die hohen Preise unverändert. Hammelfleisch ohne Knochen kostet 1,60 Mk., Schweinefleisch 1,20 Mk., Schweineback 80 Pf., Rindfleisch 1,20 Mk., Suppenfleisch bis 1 Mk. das Pfund. Guter kostet 50 Pf. das Pfund. Rinderrippe ist das Viertelpfund mit 30 Pf., Lunge mit 80 und 90 Pf. das Pfund und ausgelassenes Rindfleisch mit 60 Pf. das Pfund zu bezahlen. Ein halber Kalbskopf wurde zu 85 Pf. zum Kauf angeboten. In den Gefrierfleischhandlungen kann man billig gutes Fleisch kaufen.

In den Fischgeschäften sind alle Sorten Fisch tadellos frischem Zustande vorhanden. Seezische werden zu immer billig angeboten. Seezische kostet 32 Pf., Goldbars 36 Pf., Kablejau 38 Pf. und Schellfisch 45 Pf. das Pfund. Kaviar waren zu 70 Pf., der fertige Backfisch ebenfalls zu 70 Pf. Außersichstkarbonaden zu 85 Pf. und Koteletts zu 70 Pf. das Pfund verkauft. Ferner gibt es geschlagene Seezische zu 1,20 Mk. das Pfund, gestrotener Zander zu 1,10 Mk. und Okerzander 1,75 Mk. das Pfund. Gute billige Räucherwaren sind in großer Auswahl vorhanden.

Die Wild- und Geflügelhandlungen sind nun gutem Geflügel und frischen Wildlieferungen reichlich versorgt. Auch Tauben sind reichlich am Markt.

Auf dem Obstmarkt sah man in dieser Woche ein größeres Angebot Kirchen; ihr Pfundpreis ist 60 Pf., 1 Mk. und 1,20 Mk. Ein Viertelpfund Erdbeeren war mit 90 Pf. und 1 Mk. ausgezeichnet. Kustendessert und Apfelsinen sind zu den bekannten Preisen genügend am Markt. Bananen kosten 70 und 80 Pf. das Pfund. Auf dem Blumenmarkt sind das große Angebot an Kornblumen auf.

Festnahme eines Falschmünzers.

Durch die Aufmerksamkeit eines jungen Mannes ist es gelungen, einem äußerst raffiniert arbeitenden Falschmünzer das Handwerk zu legen. Es ist der 28jährige polnische Staatsangehörige Viktor Kierschniat, ehemaliger Student des Technikums Mitweida, zurzeit stellungloser Kaufmann in Larnowitz, der seit vielen Monaten die Breslauer Geldwelt dadurch geschädigt hat, daß er bei geringfügigen Einkäufen stets falsche 50-Pfennigstücke in Zahlung gelassen wurde in dem Augenblick festgenommen, als er auf dem Sonnenstrasse in einzelnen Geschäften Streichhölzer und andere Kleinigkeiten kaufte, die er mit diesem falschen Gelde bezahlt. Die von der Falschgeldstelle beim Polizeipräsidentium sofort aufgenommenen Ermittlungen und Durchsuchungen, förderten 274 Stück weitere Falschstücke und 47 Reichsmark echtes Geld, welches bereits umgewandelt war, zu Tage. Bis heute werden Kierschniat weit über 5000 gleiche fortgesetzte Münzverbrechen aufzählt. Er schmuggelte die von ihm angefertigten Falschstücke aus Polen über die Grenze nach Deutschland, um dann in der oben geschilderten Weise, namentlich in Breslau abzusetzen. Die weiteren Ermittlungen, die durch falsche Angaben des Festgenommenen erheblich erschwert sind, werden von der Falschgeldstelle bei der Kriminalpolizei im Einvernehmen mit der polnischen Polizei weitergeführt.

Gastoyer Eisen-Brandt Inhaber
Fris u. Nag Brandt
 Hauptgeschäft: Nikolaistraße 63a Ecke Neuenweltstraße
 Zweiggeschäft: Friedrich-Wilhelm-Strasse 89
 (zwischen Striegauer Platz u. Leuthenstr.) Fernruf 28086 u. 29107

Hört! **Knorr Erbswurst** **und andere Suppen in Wurstform**

Es gibt nichts praktischeres wie uns. In kaltem Wasser angerührt und dann 20 Minuten gekocht und schon stehen wir als eine wohlschmeckende, nahrhafte Suppe auf dem Mittagstisch, wie sie besser wohl kaum hergestellt werden kann. Sie sparen Zeit, Arbeit, Kohlen und Geld, wenn Sie uns regelmäßig verwenden. Bei dem reichhaltigen Sorten-Verzeichnis können Sie große Abwechslung auf Ihren Mittagstisch bringen.

In Rollen zu 100 g für 4 Teller und in Rollen zu 150 g für 6 Teller Suppe.

CREME MOUSSON

Gegen raue spröde Haut

7. Liste.

Für den Reichstags- und Landtagswahlfonds gingen ferner
Überamtlungen: Schmolz 3,66 M., Krychanowicz 3,18 M.,
Wojtkowicz 1,90 M., Jaguski 3,70 M., Gellendorf 4,70 M.,
Metzger 2,40 M., Siegrath 5,05 M., Wolkowicz 3 M., Stöckh
3,60 M., Kommenau 2,60 M., Buschtowa 3,20 M., Sägewitz 3,60 M.,
Radwanitz 5 M., Carlowitz 6,20 M., Kojewitz 8,41 M., Albrechts-
dorf 3,65 M., Kanfern 7,50 M., Komalowitz 1,53 M., Tschernitz
4,50 M., Groß-Nädlich 2,25 M., Steine 1,10 M., Dittwig 6,50 M.,
Wierahöfchen 8 M., Sedewitz 3 M., Lohse 1,55 M., Grünhübel
4,71 M., Rauffe 3,20 M., Trefsch 3,80 M., Gnidowicz 9,80 M.,
Hiltau 6,31 M., Sabor 3,10 M., Tschirne 3,35 M., Thienendorf
1,71 M., Lampersdorf 1,90 M., Elguth 4,35 M., Kunzendorf
6,55 M., Tschirna 5,35 M., Oberbelsch 3,37 M., Gührau 16,30 M.,
Wesgode 2,31 M., Kadions 7 M., Korlenz 6,82 M., Pohlsdorf
2,28 M., Gerntschütz 1,54 M., Labuschütz 1,05 M., Weichau 1,97 M.,
Hargen 2,50 M., Seine 1,40 M., Dambritsch 5,44 M., Groß-Kruschen
3,10 M., Klein-Kruschen 2,50 M., Krausnitz 4,62 M., Jozoff
4,27 M., Brauhnitz 4,17 M., Bruch-Bischdorf 4,50 M., Buschowitz
2,25 M.; Liste 550 Roberwitz 24,75 M., Liste 658 Würben-Ohlau
19,25 M., Liste 659 Würben-Ohlau 20,90 M., Liste 1014 Semitz
5,20 M., Liste 1121 Liebersdorf 11,85 M., Gödel, Schweidnitz,
10 M., Liste 941 Würben, Schweidnitz, 19,35 M., Monatsversamm-
lung 1,47 M., Schröter, Rimpisch, 1 M., Dittmann 10 M., Liste 650
Steinort 9,60 M., Liste 1065 Klein-Gandau 12,45 M., Liste 610
Farnowitz-Brigg 3,10 M., Liste 652 Thiergarten 28,75 M., Liste 548
Steine 5 M., Liste 562 Bettlern 13,50 M., Liste 563 Bettlern
19,25 M., Liste 545 Steine durch Wilczel 15,10 M., Liste 1064
Klein-Gandau 7,05 M., Liste 1111 durch Wallis, Steinau, 10 M.,
Liste 1112 durch Wallis 9,80 M., Seitendorf 10 M., Liste 940
3,10 M., Liste 979 Wittwasser 31,25 M., Liste 1020 Baumgarten
4,60 M., Blättermann 10 M., Liste 655 Ober-Stephansdorf
7,90 M., Liste 586 Ober-Stephansdorf 22,60 M., Liste 904 Stein-
fingendorf 18 M., Liste 905 Steinfingendorf 19,60 M., Liste 656
Meißen durch Schmidt 14 M., Liste 657 Banjen durch Jung
15,60 M., Liste 1008 Sibiry 26,40 M., Reichsbanner Rothfäden
20 M., Reichsbanner Rosenthal 10 M., Ortsgruppe Rosenthal
10 M., Löbe 100 M., Krausen-Babak 5 M., Liste 503 Carlowitz
23,45 M., Liste 501 Schotwitz 11,30 M., Liste 538 Rothfäden
23,60 M., Liste 501 Brodau 9,30 M., Liste 592 Brodau 7,70 M.,
Liste 579 Rathen 4,50 M., Liste 580 Rathen 1,80 M., Liste 573
Kahlitz 10,55 M., Liste 574 Kahlitz 31,40 M., Liste 339 Rosenthal
11,40 M., Liste 340 Rosenthal 47,20 M., Liste 1164 Rosenthal
32,50 M., Liste 516 Grünheide 17,65 M., Liste 515 Grünheide
7 M., Liste 527 Neutrich 14,80 M., Liste 1067 Neutrich 28,65 M.,
Liste 1068 Neutrich 36,90 M., Liste 681 Geyersdorf 33,35 M.,
Liste 680 Geyersdorf 5,40 M.

Samtliche ausstehenden Sammellisten sind sofort, ganz
gleich ob leer oder mit Beiträgen versehen, an das Parteibüro
Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 36, abzuliefern.
Rob. Herrmann, Kassierer.

Sonderfahrt nach dem Spreewald (Wetschau).

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit:
In Gemeinschaft mit dem Spreewaldverein Wetschau ver-
anstaltet die Reichsbahndirektion Breslau nochmals eine Spreewald-
fahrt am 17. Juni. Nach Mitteilungen des Magistrats
Wetschau sind weitgehende Maßnahmen getroffen, die eine glatte
Abwicklung des Verkehrs gewährleisten. Die Teilnehmer fahren
nach Bestätigung Wetschaus im Sonderzuge nach Kadutzsch, wo
die Kahnfahrt — mit dem Ziel Lübbenau — beginnt. Es werden
wieder ausführliche Merkblätter nebst Ueberfahrtskarte kostenlos
abgegeben, die über alles unterrichten.

Die elegante Dame und der gepflegte Herr gebrauchen Pixevon

Diebich-Theater. Das Gastspiel der künstlerischen Revue
„Große Kleinigkeiten“ beginnt am Sonnabend, den
16. Juni, im Diebich-Theater. Professor Bruno Köhler hat die
ganz neue Ausstattung (Kostüme und Dekorationen) entworfen und
die Herstellung des Gesamt-Effektes persönlich überwacht.
Jedes Kostüm ist ein Kunstwerk, beurteilt kürzlich die
„Münchener Neuesten Nachrichten“.

Kursus für Rettungsschwimmer. Der Kursus findet um-
ständehalber in der Zeit vom 16.—21. Juli statt. Jeden Tag drei
Lebungsstunden. Die Prüfung erfolgt am 22. Juli von 8—12 Uhr
und am 23. Juli von 15—22 Uhr. Der Ablebetermin ist bis zum
20. Juni verschoben worden. Meldungen an W. Hamann, Leh-
rgrabenstraße 50, Gartenhaus.

Der Deutsche Auto-Club, Ortsgruppe Breslau, Lange
Gasse 22, Telefon 581 81, 582 81, teilt mit: Donnerstag, den
14. d. Mts., veranstalten wir eine Ausfahrt nach Trebnitz. Unsere
Mitglieder treffen sich ab Nachmittag im Kurhaus „Hedwigsbad“,
um auch den Abend gemeinsam in Trebnitz zu verbringen. Die
Rückfahrt erfolgt in geschlossener Kolonne. Nur bei Regenwetter
wird die Fahrt auf Sonnabend, den 16. d. Mts., verlegt. Des
weiteren machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß
sich unsere Klubkameraden künftig jede Woche Montag an für uns
bezeichneten Stammtischen im Hotel „Vier Jahreszeiten“ (bei
gutem Wetter im Garten) treffen. Die erste Zusammenkunft ist
für Montag, den 11. d. Mts., geplant. Wir bitten die Mitglieder,
recht zahlreich zu erscheinen.

**Der Druckfehlerheiser hat uns gestern in dem Bericht
über den Prozeß der „Freien Meinung“ vor dem Arbeitsgericht
einen bösen Streich gespielt. Es sollte im ersten Satz des letzten
Abzuges natürlich heißen „recht ansichtbar“ und nicht „nicht“
ansichtbar.**

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Erweiterter Parteivorstand. Morgen abend 8 Uhr Sitzung im Zimmer 3
des Gewerkschaftshauses.
Direkt 6. Distriktsfunktionärssitzung Donnerstag, den 11. Juni, 20 Uhr,
bei Graf. Tagesordnung: Unter Anderem: Referent: Genosse Dr. G. A. H. e. i. n.
Direkt 10 und 11. Heute abend 8 Uhr findet bei Müller, Altenstraße 62,
ein Postabend statt. Alle Frauen und Mädchen sind hierzu eingeladen.
Direkt 28. Heute abend 8 Uhr findet bei Thiel, Bahnhof, Ecke Palm-
straße, unsere Distriktsversammlung statt. Referent: Genosse Böblich. Es ist
Pflicht aller Genossinnen und Genossen, bestimmt daran teilzunehmen.

Junalozinlisten.

Gruppe Streikener Tor-Gewerben. Mittwoch Vortrag des Genossen R. u. m.
h m i d i: „Der Kampf um die Staatsmacht“. Anschließend Mitgliederversamm-
lung.

Sozialistische Jungfrauen.

Abendbesuch. Nächste Besuchsabende finden jeden Mittwoch um 20 Uhr
in der kleinen Turnhalle statt.
Abteilung Nord (S. W. S.). Donnerstag, 20 Uhr, Halle.
Abteilung Ost-Süd (L. B. S.). Donnerstag, 19.30 Uhr, Mauritiusplatz.
Abteilung West. Donnerstag um 20 Uhr bei Graf, Westendstraße 37,
Werbereisammlung.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Abteilung, Vorkursus. Wir kommen Donnerstag wieder im Heiligen
Geist-Gymnasium zusammen und legen die Aussprache über das so heiß
diskutierte Thema „Müssen wir regieren?“ vor.
Sprechstunde. Heute abend haben wir wieder um 8 Uhr Sprechstunde im
Heiligen Geist-Gymnasium. Um unsere Arbeit erfolgreich fortzusetzen, bitte alle
Frauen und Mädchen sich zahlreich und pünktlich zur Verfügung zu stellen.
Seit 3. Mittwoch sind wir um 19 Uhr auf der Oswitzer Wiese, wir
treffen uns vorher nicht. Freitag sind wir pünktlich 20 Uhr in der Vorkursus-
Stunde um 8 Uhr. Freitag um 20 Uhr Zusammenkunft. Jeder muß
kommen. Mittwoch alle 19.30 Uhr ans Heim.

Vor den Arbeiterkameraden.

Abteilung, Heilig. Alle Gruppen haben am Donnerstag anzugeben, wer
als Referent am Abendvortrag in Waldenburg-Mitteln teilnimmt. Wir fahren
mit dem Zug 17.05 Uhr ab Freiburger Bahnhof. Ferner haben alle Gruppen die
Monate April und Mai abzurechnen. Desgleichen die restlichen Mittel und
Kassen. Anzugeben ist, wofür Mittel, Stoff, Schmutz, wieviel Geld, Garn die
einzelnen Gruppen verbraucht haben und wofür Mittel und Kassen in den
einzelnen Gruppen verkauft wurden. Damit eine genaue Uebersicht vorhanden
ist, muß alles so bald wie möglich gemeldet werden.

Gruppe 1. Liebe Eltern! Wir bitten unter geistreichem Ausbleiben mit den
Kindern zu entschuldigen. Warum? Auskunft erfolgt in der Elternversammlung
am Dienstag, den 12. Juni, Döner Schule.

Gruppe 3 (Oderler). Dienstag, pünktlich 1/2 5 Uhr, Gymnasial. Nachher
über wie neue Ueber. Instrumente mitbringen. Mittwoch pünktlich
5 Uhr im Heim. Alle müssen kommen, da wichtiges zu besprechen ist. Donner-
stag wie bisher. Freitag alle fallen in „Schleiwander“. Ball mitbringen.

Gruppe 4. Dienstag Jungfrauen-Gruppe bei schönem Wetter im Eichenpark.
Donnerstag beide Gruppen im Eichenpark; Kinderfreundbesuch und Haus-
reinigung nicht vergessen. Note fallen Freitag Fahrtenberichtsabend, alle
Fahrtenberichte sind mitzubringen.

Bund der Freidenkerfreunde.

Heute Dienstag spricht Grünstraße 14/16 Walter Ullrich über „Die
politische Lage im Reich“.

Amlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Arietern bei Breslau.

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten).
Die in den frühen Morgenstunden des Montag in Schiefen eingebrachten
Kaltluftmassen begannen bereits am Abend zusammenzuweichen. Infolgedessen
fiel sich allgemeine Beruhigung und Aufhellung ein. Nach Mitternacht
werden die Temperaturen zunächst allgemein anfrischen, zumal sich spätlich
vielleicht wieder in den Subeitaländern ein Föhnwind einstellen kann.
Ausflüchten für den schlesischen Hochland und die schlesischen Mittelgebirge:
Bei schwacher Luftbewegung vielfach härter anhaltend, nach kühler Nacht
schlechter Temperaturanstieg, noch vereinzelte Schauer.
Ausflüchten für das schlesische Hochgebirge:
Langsam abnehmender West, noch zeitweise neblig-dunstig, nach sehr
kühler Nacht mit Nebel- und Regelfahrt tagsüber wärmer.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Opertheater. Dienstag, 19.30 Uhr zu kleinen Preisen: „Der Diktator“.
20 Uhr und täglich gefolgt bei kürzlicher Hysterie angenommene neue
große Revue „Salon d'auvergne 1926“. Letzte von Paul Farnay und
Carl Behr, Musik von Harry Rakon, in der Inszenierung von Carl Behr mit
der Berliner Soubrette Irene Ambros als Hauptdarstellerin zur Wiederholung.
Theater. Dienstag, 20 Uhr, und täglich: Der schaukulische Erfolg
des spanischen Kriminalstückes „Der letzte Schläger“ von G. W. Weal-
sen, für die deutsche Bühne bearbeitet von Gustav Beer, in der Inszenierung
von Kurt Ehrle mit Theresie Thiesen und Gerhard Ritter in den Hauptrollen.
Schauhaus. Heute Dienstag und täglich: „Die Jungen u. a.
W. u. a.“, Musik von Eduard Künneke.

Bereinskalender.

Monatliche Gemeinde. Grünstraße 14/16. Mittwoch, den 13. Juni, 20 Uhr. Kart-
trag. Sprecher: Kurt K. a. m. e. r. Thema: „Wetterkennzeichen und -Anzeichen“,
Eintritt frei. Gäste willkommen. 3. U.: Der Vorstand.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir diejenigen Zuschriften aus unserer
Leserkreise, für die wir nur die redigierliche Verantwortung übernehmen
Die Redaktion.

Göttliche Weltordnung.

Ich machte eine Dachreparatur am Pfarrhaus der Hedwigs-Gemeinde in
Waldau. Der Herr Pfarrer bewohnt ein ganzes Haus: Partee, erhen und
weiteren Stad. Ich lebe mit einer Familie von sieben Kindern und
Frau in einer zweistöckigen Stube, die 6 Meter lang und 2,80 Meter
breit ist. Die Anwohner vom Wohnungsmieter: „Wir sind demüthig, Ihnen
eine andere Wohnung zu befragen.“

Breslau schwelgt im Vergnügungsstauel.

Kaum ist das großartigste Pfingstfest vorübergegangen, bei dem
der Breslauer Bevölkerung genügend Gelegenheit geboten worden ist, an fröh-
lichem Treiben teilhaftig zu werden, noch ist die letzte Orgel nicht ver-
stärkt, so wird die Bevölkerung schon auf das Johannistfest aufmerksam gemacht,
das ja dieses Jahr nicht nur vierzehn Tage seine Tore öffnen, sondern eine Ver-
längerung bis drei Wochen erfahren wird. Die heilige Kaufmannschaft und die
allgemeine Geschäftswelt heist schon mit großem Bangen diese Zeit ent-
gegen. Die Erklärung hat gefolgt, daß Ausfälle und im Vergleich der Vor-
jahre erpöckten, schweren Zeit ein Bedürfnis nicht vorhanden ist, daß für Breslau
einem frühmorgigen Kummel entgegengebracht wird. Ich glaube im Sinne tausender
Gewerbetreibender dies zu bekräftigen.
E. r m a n n K o t h e r, Mauritiusplatz 3.

Die Trinkwasserhändler auf öffentlichen Straßen und Plätzen werden häufig von Kinder beschädigt oder verunreinigt.

Da hierdurch der Stadt beträchtlicher Schaden erwächst, richten die
Städtischen Rohrnetzbetriebe an die Eltern und Erzieher die
dringende Bitte, die ihrer Obhut anvertrauten Kinder von den
Trinkwasserhändlern fernzuhalten. Auch häufen sich die Fälle, in
denen von Unberechtigten Wasser aus den Druckständern ent-
nommen wird. Den Druckständern darf nur zum Trinken der
Pferde der untermeigs befindlichen Fuhrwerke Wasser entnommen
werden. Jede weitere Wasserentnahme gilt als Wasserdiebstahl
und hat gerichtliche Verurteilung zur Folge. Derartige Ver-
stöße haben wiederholt stattgefunden.

Die Feuerwehr wurde am 10. Juni, kurz nach 10 Uhr, nach Weichstraße 4 alarmiert, es handelte sich aber nur um blinden Lärm. Gegen 1/4 14 Uhr wurde die Feuerwehr zur Hilfe nach der Oder hinter Morgenau gerufen. Hier sollte ein un- bekannter Mann beim Baden untergegangen sein. Trotz längeren Suchens konnte der Verunglückte nicht gefunden werden. Kurz vor 14 Uhr war Hohenzollern, Ecke Schwerinstraße, ein Auto umgefallen. Der Fahrer hatte den Wagen an der Kreuzung stark gebremst, um einen Zusammenstoß mit einem Motorrad- fahrer zu vermeiden. Dabei war der Kraftwagen herum- geschleudert, gegen die Bordsteinkante gestoßen und umgefallen. Der Fahrer selbst blieb unverletzt. Der Kraftwagen wurde von der Feuerwehr wieder aufgerichtet. Gegen 18 Uhr erfolgte ein Alarm zur Hilfeleistung nach der Rosenthaler Chaussee. Kurz hinter der Rosenthaler Brücke war ein schadhafter Holzmast der elektrischen Straßenbeleuchtung umgestürzt. Am 11. Juni, gegen 4 Uhr, mußte die Feuerwehr nochmals nach Schweidnitzer-Straße Nr. 49 ausrücken, da in dem jüdischen Geschäft noch Schutt brannte. Derselbe wurde mit einer Schlauchleitung abgelöscht.

Bei der Treppeneinigung verunglückt ist am Montag nach- mittag eine Schauerfrau, die im Neubau Grenzstraße 10 mit der Treppeneinigung beschäftigt war. Sie erlitt innere Ver- letzungen und mußte mit einem Krankenwagen dem Allerheiligen- Hospital zugeführt werden.

Einbruch. In der vom 6. zum 7. Juni ist in das Friseurgeschäft Weichstraße 10 eingebrochen worden. Ge- stohlen wurde ein Kasten Friseurbedarfartikel. Sachdienliche An- gaben erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 59.

Ein Tod. Das Selbstmord geredet wurde am Sonntag nachmittag der sechsjährige Knabe Rudolf Wilske, der an der Weststraße, unweit des Säuglingsheimes, in der Oder badete, wobei er in einen Strudel geriet und zu ertrinken drohte. Das vierzehn Jahre alte Lehrmädchen Wally Berruchke, Weststraße 50, das den Vorfall bemerkte, versuchte den Knaben zu retten.

Ein Auto umgekippt. Als am Sonntag nachmittag der Führer einer Kleintrafidirolle an der Ecke Hohenzollern- und Schwerinstraße einen Zusammenstoß mit einem Motorradfahrer vermeiden wollte und scharf rechts abbog, fuhr er so scharf an die Bordsteinkante, daß der Wagen umkippte. Die Insassen des Wagens, ein Rechtsanwalt und seine Frau, erlitten durch die in Scherben gehenden Scheiben erhebliche Schnittverletzungen. Der Rettingswagen der Feuerwehr mußte zur Aufrichtung des Wagens herbeigerufen werden.

Von einem Radfahrer angefahren wurde am Freitag abend in der Margaretenstraße die Ehefrau Emma D. H., Gräblicher Straße 9 wohnhaft, als sie den Fahrdamm über- schreiten wollte. Sie wurde zu Boden geschleudert und erlitt neben einigen Verletzungen auch einen Schlüsselbeinbruch und eine Gehirnerschütterung, daß sie in das Bräuerkloster trans- portiert werden mußte.

Die Butter aus dem Lieferwagen gestohlen. Am 11. Juni, gegen 9 1/2 Uhr, wurde in der Herrenstraße ein verließener Butterlieferwagen von einem unbekanntem Täter mittels Nach- schlüssel geöffnet, als der Autofahrer den Wagen auf kurze Zeit verlassen hatte, wobei 20 Pfund Butter entwendet wurden. Die Butter war zu 1/2-Pfund-Stückchen gepackt. Die Papier- umhüllung trug die Bezeichnung: „Ein- und Verkaufsgenossen- schaft der Breslauer Milch- und Butterhändler.“ Die Butter selbst trug den Aufdruck: „Molkerei Wittmannsdorf.“ Vor An- lauf wird gewarnt. Zweckdienliche Angaben, die vertraulich behandelt werden, erbittet die Kriminalpolizei Zimmer 59, Ursulinerstraße 29.

Bei einem Krampfanfall bestohlen. Als am Sonnabend ein Bauarbeiter in der Matthiasstraße einen Krampfanfall erlitt, benutzte ein Taschendieb die Gelegenheit, dem Erkrankten eine Brieftasche mit 10 Mark und Ausweispapieren aus der Tasche zu stehlen.

Von einem Fuhrwerk angefahren wurde am Montag mittag in der Domstraße die Studentin Vieslotta Laßmann, Opfstraße 10 wohnhaft, als sie den Fahrdamm überschreiten wollte. Sie erlitt erhebliche Verletzungen und mußte in das St. Josefstrankenhaus eingeliefert werden.

Mißglückter Sprung auf die fahrende Straßenbahn. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Montag mittag auf der Neuen Lützenstraße. Der Landwirt Herbert Riedel wollte auf einen vorüberfahrenden Straßenbahnzug der Linie 6 springen. Er verlor das Gleichgewicht, stürzte auf das Pfahler und erlitt schwere Verletzungen an Kopf. In bedenklichem Zustande mußte der Verunglückte in das Banzel-Hande-Krankenhaus eingeliefert werden.

Breslauer Johannistfest

das Fest der schlesischen Heimat
gegenüber der Jahrhunderthalle
Eröffnung: Sonntag, den 17. Juni.
Eintrittspreise: Erwachsene 50 Pf., Kinder 10 Pf.
Sonn- und Ellietage:
Erwachsene 50 Pf., Kinder 20 Pf.

Konzert

Das Breslauer Sängerchor, Gau 15 des Schlesischen Sängerbundes
führt dielieder des 10. Deutschen Sängerkongresses in Wien.

Das Fest der schlesischen Heimat
vom 17. Juni bis 1. Juli 1926
Eröffnung: Sonntag, den 17. Juni.
Abendliche Schaustellungen
Täglich große Sportkämpfe
Vollstrachten und Tänze

Die „Johannistfestung“ mit dem gesamten Chor-
und Festprogramm ist erschienen und bei jedem Festung-
händler zu haben.

Die Wetterwolke im Westen.

Im Rheinschiffahrtskonflikt geht es jetzt hart auf hart. Der Schiedsspruch ist von 98 1/2 Prozent der Streikenden abgelehnt worden. Für den Schiedsspruch stimmten sage und schreibe 71 Mann von rund 8000. Das Rhein-schiffahrtspersonal hat sich also nahezu geschlossen gegen den Schiedsspruch ausgesprochen.

Die Situation im Konflikt hat zugleich durch die Arbeits-einstellung beim staatlichen Schleppmonopol des Rhein-Herne-Kanals eine neue sehr beachtenswerte Verschärfung erfahren. Die Belagerung von neun Booten hatte sich am Sonnabend geweigert, unter Polizeiaufsicht zu arbeiten und bestimmte Schiffe zu schleppen. Die Antwort der Arbeitgeber war: fristlose Entlassung. Prompt und schärf wurde diese Brutalität vom Personal pariert. Auf allen 80 Booten des Schleppmonopols steckte am Sonnabend das Personal aus Solidarität mit den Entlassenen die Arbeit ein; es handelt sich um 76 Schiffsführer, 71 Maschinisten, 79 Heizer, 8 Kohlenarbeiter, 81 Matrosen und einige Schiffsjungen, insgesamt um rund 360 Mann. Damit ist die letzte Möglichkeit des Kohlentransports von den Zechenhäfen nach dem Rhein unterbunden. Was bisher noch transportiert wurde, war im wesentlichen Reparationstschiffe. Auch diese Transporte sind also jetzt zum Erliegen gekommen. Es bleibt nur noch die Frage, wie weit nun auch die Werkschiffenarbeiter den Betrieb einschränken. Kommt es auch dazu, dann werden in kurzer Zeit die Zechen selbst zum Stillstand kommen. Im Mai betrug bereits die Zahl der Feier-schichten 312.800. Mit der Stilllegung der Kanalschiffahrt sind nun auch die französischen und belgischen Rhein-schiffahrt zur Einstellung der Arbeit gezwungen, denn beide haben im wesentlichen nur Kohle nach Ströburg, Sauerbrunn und Kottbus gefahren. Es ist schließlich nicht aus-geschlossen, daß das gesamte Monopolpersonal auf dem Dortmund-Ems-Kanal und dem Ems-Weiser-Kanal zur Solidaraktion greift. Dies würde die Stilllegung der gesamten westdeutschen Binnen-schiffahrt einschließlich der Rheinschiffahrt bedeuten.

Die geradezu unheimliche Wirkung des Rheinschiffahrts-konflikts auf das Wirtschaftsleben liegt offen zutage. Die Schäden gehen bereits in die Milliarden. Was soll werden? Will das Reichsarbeitsministerium mit einer rassistischen Verbindlichkeits-erklärung die Bewegung ertöden? Das wäre ein gefährliches Beginnen. Sollen die Streikenden, die sich — und das muß doch auch dem Reichsarbeitsminister zu denken geben — nahezu ein-mütig gegen den Schiedsspruch ausgesprochen haben — mit Ge-walt in die Betriebe gezwungen werden? So geht es nicht! Sollen die Schlichtungsbehörden Paratirri machen und sich selbst umbringen? Größte Vorsicht und Verständnis für die Lage des Rheinschiffahrtspersonals in einer Zeit der Lohn- und der Preis-erhöhung ist dringend notwendig; Vorsicht, ihr Verantwortlichen!

Beschränkung der Freizügigkeit der Land-arbeiter auch durch amtliche Stellen.

Die wiederholt von uns kritisierten Maßnahmen ländlicher Arbeitgeber zur Beschränkung der Freizügigkeit finden leider auch Nachahmung bei behördlichen Stellen. Vor uns liegt fol-gendes Schreiben:

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft,
Reichsbahndirektion Magdeburg.
2 Pida (Pa 2). Magdeburg, den 10. Mai 1928
An alle Komte und Normaldienststellen des Bezirks
(je besonders).

Nach einer Mitteilung des Herrn Reichsarbeitsministers wird der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften in diesem Jahre besonders groß sein. Da der Landwirtschaft die notwen-digen landwirtschaftlichen erfahrenen Arbeitskräfte namentlich zu Zeiten der Feldbestellung und der Ernte erhalten bleiben müssen, sind solche Arbeitskräfte in den Eisenbahndienst möglichst nicht einzustellen. Neu eingestellte Arbeiter, vornehmlich Zeit- und Zuschlagsarbeiter, die früher in der Landwirtschaft gearbeitet haben, sind nach Benehmen mit dem zuständigen Arbeitsamt wie-der zu entlassen, sobald ihnen das Arbeitsamt eine Arbeitsstelle in der Landwirtschaft nachgewiesen hat.

Bei Arbeiten, die an Unternehmer vergeben werden, ist diesen zur Pflicht zu machen, sich ihre Arbeitskräfte durch Ver-mittlung der Arbeitsämter zu verschaffen. Stellt sich heraus, daß sie landwirtschaftliche Arbeiter beschäftigen, so sind sie aufzufor-bern, diese Arbeiter in kürzester Frist zu entlassen. Bei Weigerung ist uns zu berichten.

gez. Rigmann.

Auch dieses Schreiben ist ein Verstoß gegen das in Artikel 111 der Reichsverfassung allen Deutschen zugesicherte Recht auf Freizügigkeit im ganzen Reich, das nach Professor Giese, dem besten Kommentator der Reichsverfassung, das Recht einschließt, an jedem Orte des Reiches jede der Beschaffung des Lebens-unterhalts dienende Tätigkeit auszuüben.

Abgesehen von dem Verstoß gegen die Reichsverfassung ist es aber auch töricht, zu glauben, Zwangsmassnahmen könnten der Landwirtschaft die benötigten Arbeitskräfte sichern. Es gibt nur ein Mittel, das hilft: anständige Verhältnisse auf dem Lande zu schaffen, dann werden auch dort Arbeitskräfte zu finden sein. Alle anderen Mittel werden und müssen verjagen. Diese Sinnes-wachheit endlich zu erkennen, sollte mit der Zeit auch dem ein-sätzlichen Menschen in Deutschland möglich sein.

Das wird nicht genügen.

Kurzarbeiterunterstützung vorläufig bis 30. Juni.

Die Kurzarbeiterunterstützung, deren Geltungs-dauer am 2. Juni abläuft, bleibt in der bisherigen Form zunächst bis zum 30. Juni in Kraft. Das Reichsarbeitsministerium hat sich also einseitig wenigstens dem Vorschlag des Ver-waltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitslosenunterstützung an-geschlossen. Daß auch nach dem 30. Juni die Kurzarbeiterunter-stützung in Geltung bleiben muß, davon wird sich nurmehr wohl auch das Reichsarbeitsministerium überzeugen haben; denn die Kurzarbeit ist, wie die Statistik zeigt, neuerdings im Steigen begriffen.

Eine fenderbare Stellungnahme eines Schlichtungsvorsitzenden

Ich bei einem Lohnstreit in dem zur Norddeutschen Holz-sägmühlerei und Kammgarnspinnerei gehörigen Werk Delmen-horst zu verzeichnen. Der Lohnarbeitsvertrag war von den Arbeit-nehmern gefordert und dabei eine Erhöhung der Löhne um fünf-zwanzig Prozent gefordert worden. Da die Firma Verweh-lungen ablehnte, riefen die Arbeitnehmer den Schlichtungs-ausschuß in Anspruch. Der Schlichtungsausschuß empfahl jedoch den Parteien, in Verhandlungen einzutreten. Nur der Fall, daß es trotzdem nicht zur Verhandlung oder zu einer Einigung komme, werde — so erklärte der Vorsitzende — der Schlichtungsausschuß auf neuen Anruf einen Spruch fällen. Dieser betraute der Vor-sitzende unter Hinweis auf den zwischen der Firma und dem Schlichtungsausschuß abgeschlossenen Vertrag, daß nach keine Klage-darüber geschieden sei, ob der Tarifvertrag als Tarifvertrag im Sinne der Tarifvertragsordnung gelten könne.

vom Arbeitgeber unabhängig ist. Das ist aber bei einem Wert-verein bestimmt nicht der Fall, der von der Betriebsleitung der Kammgarnspinnerei Delmenhorst in jeder Weise gefördert und unterstützt wird. Sogar die Beiträge für den Wertverein in Höhe von 1 Mark bzw. 2 Mark pro Woche werden den Mitgliedern des Wertvereins am Lohn abgezogen.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses muß im übrigen darauf aufmerksam gemacht werden, daß nach § 2 des vom Reichs-arbeitsminister verbindlich erklärten Schiedsspruches die Firma überhaupt nicht berechtigt war, mit dem Wert-verein einen Tarifvertrag abzuschließen, sondern nur mit dem Deutschen Textilarbeiterverband. Dieser Zwangs-tarifvertrag hat heute noch Gültigkeit, da er bis jetzt noch von keiner Seite gekündigt ist. Wenn die Arbeiterchaft des Betriebes die Entlohnung nach dem Werttarif angenommen hat, dann nur unter dem brutalsten Druck. Man hat selbst bei höherer Leistung die Arbeiter weniger verdienen lassen als diejenigen, die mit der Entlohnung nach dem Werttarif einverstanden waren.

Will sich auch der Schlichtungsausschuß dem Druck fügen oder will er in seiner Entscheidung frei bleiben? Wenn ja, dann kann er nur einen Spruch fällen, der dem Antrag der Arbeitnehmer in weitestem Maße Rechnung trägt.

Erst betrogen, dann belogen.

Wie Sekretäre des DSB, die Interessen ihrer Mitglieder vertreten

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat seit einiger Zeit in Chemnitz einen Geschäftsführer mit Namen Meichenmoyer. Dieser Herr war vorher in München tätig und wurde nach Chemnitz versetzt, weil die Mitglieder des DSB mit ihm nicht mehr zufrieden waren. Meichenmoyer setzt nun in Chemnitz seine die Angeestellten schädigende Tätigkeit fort. Sein Reichertum leidet sich dieser „Angestelltenvertreter“ mit den Angeestellten der Chemnitzer Metallindustrie. Durch sein frevel-haftes Spiel sind viele Angeestellten monatelang ohne Gehalts-erhöhung geblieben. Der Schlichtungsausschuß in Chemnitz hatte unterm 30. Januar 1928 einen Spruch gefällt, der eine Gehalts-erhöhung von 5 Prozent ab 1. Januar 1928 vorschlug. Die Unter-nehmer lehnten diesen Spruch ohne weiteres ab. Der Abund (Zentralverband der Angeestellten, Deutscher Wertmeisterverband und der Bund der technischen Angeestellten und Beamten) zu-sammen mit dem DSB und DWA beantragten die Rechtsver-bindlichkeitsklärung dieses Spruches beim Landesgeschäftlicher in Dresden. Der DSB, unter Führung Meichenmoyers hingegen lehnte diese 5 Prozent ab, obwohl der Spruch von dem Kreis-leiter Mehlner vom DSB mit gefällt worden war. Der Landesgeschäftlicher in Dresden sprach die Rechtsverbind-lichkeitsklärung dieses Spruches nicht aus, da außer den Unter-nehmern auch ein Teil der Angeestellten (also der DSB) dagegen sei.

Der Afa-Bund sowie die übrigen Angestelltenverbände mit Ausnahme des DSB, hielten selbstverständlich die 5 Prozent nicht für zureichend. Sie rechneten jedoch mit den gegebenen Verhältnissen und hielten die Erhöhung von 5 Prozent zu dem damaligen Zeitpunkt als das Bestmögliche, was für die An-geestellten herauszuholen war. Nur aus diesem Grunde lehnten sie sich für die Rechtsverbindlichkeit des Schiedsspruches ein. Die folgenden Monate gaben dem Afa-Bund und den übrigen Angestelltenorganisationen recht.

Durch die Eigenbräulei des DSB, wurden die Angeestellten monatelang um diese Gehaltserhöhung gebracht.

Infolge des Streiks der Metallarbeiter und darauf-folgenden Gesamtausperrung mußten im Interesse der An-geestellten die Verhandlungen mit den Unternehmern wegen einer Gehaltserhöhung hinausgeschoben werden. Sofort nach Aufhebung der Aussperrung setzte sich der Afa-Bund mit den beiden Arbeitgeber-Verbänden der Chemnitzer Metallindustrie in Verbindung und verlangte erneute Verhandlungen. Diese Ver-handlungen fanden dann am 14. Mai 1928 statt. Nachdem in diesen Verhandlungen die Angestelltenorganisationen das erste Angebot der Unternehmer in Höhe von 5 Prozent abgelehnt hatten, erklärte die Unternehmerkommission, daß sie ermächtigt sei, ein letztes Angebot in Höhe von 7 Prozent ab 1. Mai 1928 zu machen. Jetzt fanden die Angestelltenorganisationen vor einer lächerlichen Entscheidung. Es gab nur zwei Möglichkeiten. Entweder die Angestelltenorganisationen nahmen das Angebot in Höhe von 7 Prozent, das selbstverständlich noch lange nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen der Angeestellten Rechnung trug, an und halfen dadurch den sich in finanzieller Bedrängnis befindlichen Kollegen wenigstens einigermaßen, oder sie lehnten das Angebot ab und brachten die Verhandlungen zum Scheitern. In letzterem Falle hätten die Angeestellten wieder wochen- oder gar monatelang auf eine Gehaltserhöhung warten müssen. Schwere Herzen entschlossen sich daher der Afa-Bund und die übrigen Angestelltenorganisationen, das letzte Angebot der Unternehmer anzunehmen.

Der DSB, tangte jedoch ein zweites Mal aus der Reihe. Meichenmoyer schied sich seine Entscheidung vor, und erst nachdem ihn seine eigenen Mit-glieder, oder seines erbärmlichen Verhaltens gekümpft hatten, unterzeichnet er das Abkommen.

Kaum hatte er aber, gezwungen durch seine eigenen Mit-glieder, das Abkommen vom 14. Mai 1928 anerkannt, stellte er sofort die Löhne auf den Kopf und versuchte, die Gehalts-erhöhung von 7 Prozent als einen Erfolg des DSB hinzustellen.

In einem vierseitigen Rundschreiben, das der DSB an die Angeestellten der Chemnitzer Metallindustrie versendet hat, behauptet er, daß die Angeestellten der Metallindustrie es nur dem DSB zu verdanken hätten, wenn sie jetzt 7 Prozent mehr erhielten, als der Schiedsspruch vom 30. Januar 1928 vorgeesehen habe. Nur durch seine Ablehnung des Schiedsspruches sei dies möglich gewesen. Die Behauptung des DSB, daß es nur ihm zuzuschreiben sei, daß der Schiedsspruch vom 30. Januar nicht rechtsverbindlich erklärt wurde, ist die einzige Wahrheit, die das vierseitige Rundschreiben enthält. Diesen zweifelhaften Erfolg wird ihm keine andere Angestelltenorganisation fröhlich machen.

Das frevelhafte, die Angeestellten schädigende Spiel, welches Meichenmoyer in Chemnitz treibt, ist das gleiche, welches er bereits in München getrieben hat. In München hat er als Helfer des Schlichtungsausschusses einen fast unglaub-lichen Schiedsspruch für die Angeestellten des Großhandels mit gefällt, den dann seine eigenen Mitglieder mit Extraktung abgelehnt hatten. Als dann der

Holzarbeiter-Verband
Gruppenverband
Heute abend
7 1/2 Uhr
Mitglieder-
Versammlung

3. Reichsjugendtag des Zentralverbandes der Angestellten.

Der Zentralverband der Angestellten hatte zu Pfingsten dieses Jahres seinen 3. Reichsjugendtag nach Frankfurt a. M. ein-berufen. Aus allen Teilen des Deutschen Reiches kamen die Jugendmitglieder des Verbandes zusammen. Über 7000 Jugend-linge beteiligten sich an der Tagung. Im Mittelpunkt des Reichs-jugendtages stand eine große Kundgebung auf dem Römerberg in der der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt a. M., Ed. Gräf, die Jugend begrüßte und Professor Kölling, der Leiter der Akademie der Arbeit, über die Aufgaben der Jugend sprach. Staatsminister a. D. Senfing war ebenfalls erschienen, konnte aber infolge eines Halsleidens die vorgelegene Ansprache nicht halten. Von anderen Veranstaltungen sind besonders die sport-lichen und beruflichen Wettkämpfe hervorzuheben, bei denen die 3. D. A. - Jugend bewies, daß sie unermüdet an der Ausübung ihrer geistigen und körperlichen Kräfte arbeitet. Außerst bedeutungsvoll war ferner eine Führer-Kundgebung mit dem Thema „Jugend im Wirtschaftskampf“, die einen Mahnruf an die gesamte kaufmännische Jugend erließ, für den Achtstundentag für ausreichenden Urlaub und für eine Regelung des kaufmännischen Lehrlingswesens zu kämpfen und sich gewerkschaftlich zu organi-sieren. Seinen Abschluß fand der von großer Begeisterung ge-tragene 3. Reichsjugendtag des 3. D. A. durch einen imposanten Fackelzug.

Z. A., nur um zu retten, was zu retten war, einen tariflosen Zustand zu verhindern suchte, drehte M. den Entsch. um und hob nach dem DSB-Motto „Halte den Dieb“ die Schuld an den J. A. Auch gelegentlich dieser Tarifbewegung stellte sich der DWA auf die Seite des Zentralverbandes der Angestellten und verurteilte das Verhalten des DSB.

Wie konsequent der DSB ist, beweist die Tatsache, daß er an der einen Stelle des Rundschreibens von einer vor-erhaltenen Annahme des Abkommens vom 14. Mai 1928 spricht, und wenige Zeilen weiter die sieben-prozentige Gehaltserhöhung als einen Erfolg seiner Haltung lobt.

Nach der vorstehend gegebenen Darstellung kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Meichenmoyer seine Mitglieder den Arbeitgebern einfach ausliefert. Das ist nicht einmal über-raschend. Bei der zwischen den Arbeitgebern im Handelsgewerbe und der Leitung des DSB bestehenden Harmonie gehört das sozusagen zum Programm. Die sozial schwerfällige oder garnicht-denkende Mitgliedschaft des DSB, aber, merkt solche Lumpereien, wenn überhaupt, dann meist zu spät, und hat sie im Hand-umdrehen wieder vergessen. Wäre es anders, dann müßte die Leitung des DSB mit solchen „Leistungen“ ihrer Beauftragten sehr bald auf dem Trockenen sitzen. Aber sie weiß, was sie ihren Mitgliedern zumuten kann. Deutschnational organisierte An-gestellte vertragen schon einiges — wie oben gesehen.

Die dauernde Steigerung der Betriebs-unfälle in der japanischen Industrie

hat die Regierung veranlaßt, die Arbeitgeber zur Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen gegen Feuer und andere Arbeitsgefahren zu zwingen. Eine Enquete hat ergeben, daß die volkswirtschaftlichen Schäden an Menschenleben und Sach-werten, die durch Außerachtlassung der primitivsten Vorsichts-maßregeln entstehen, in Japan so groß sind wie in keinem an-deren Industrieland der Erde. Nach der offiziellen Statistik hat die Zahl der Unglücksfälle in japanischen Industriebetrieben die Rekordziffer von 470.000 im Jahr erreicht, von denen 1200 töd-lichen Ausgang gehabt haben. Die jährlichen Unterstufungen an die Verunglückten belaufen sich auf 9 Millionen Yen, während die Sachschäden allein an Feuer 15 Millionen Yen betragen.

Unter Hinweis auf diese Zustände, die nach der Feststellung der japanischen Fabrikinspektion lediglich die Folge falscher Spar-samkeit der Arbeitgeber sind, hat das Wohlfahrtsamt des Innen-ministeriums neue Vorschriften für die Verbesserung der Arbeit-schutzbestimmungen erlassen, die für jeden Fall der Zumber-handlung hohe Geldstrafen vorsehen und die Fabriks-inspektoren mit der strengen Durchführung der Anordnungen be-auftragt.

Rein Streit in der Lodzer Textilindustrie.

Die Streikgefahr in der Lodzer Textil-industrie ist überwunden, nachdem die Industriellen sich zu einer Erhöhung der Löhne von 6 Prozent bereit erklärt haben. Die Arbeiter haben angesichts der ungünstigen Konjunktur auf ihre ursprüngliche Forderung von 15 Prozent verzichtet, sich aber vorbehalten, im Herbst dieses Jahres in eine neue Lohn-bewegung einzutreten.

Die Arbeitszeitverordnung und das Verkehrgewerbe.

Wie bereits kurz in dieser Zeitung berichtet, hat das Landes-arbeitsgericht Breslau sich neulich auf den Standpunkt gestellt, daß auch das Verkehrgewerbe der Arbeitszeitverordnung unterliegt. In gleichem Sinne hat sich bereits früher das Landesarbeitsgericht Stuttgart ausgesprochen. Wegen diese Entscheidung hatten die Arbeitgeber Revision beim Reichsarbeitsgericht eingelegt. Das oberste Gericht hat diese landesarbeitsgerichtliche Ansicht bestätigt. Für das Verkehrgewerbe gelten also keine Ausnahmebestimmungen. Es hat sich ebenfalls nach der Arbeitszeit-verordnung zu richten.

Matrosenstreit der Handelsmarine in Marseille.

In Marseille sind die Matrosen der Handelsmarine in den Streik getreten, um dadurch gegen die Verhaftung von zwei Matrosen an Bord eines Dampfers zu protestieren.

Schiedsspruch im Streit der Marinewerften.

In dem Lohnstreit bei der Marinewerft Wilhelmshaven und in dem Marinearsenal Kiel wurde am Dienstag, den 5. Juni, unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichters, Vortragenden Rats Dr. Wölkers-Bremen, nach längerer Verhandlung ein Schiedsspruch gefällt. Danach werden die Löhne bei den genannten Werften wie folgt erhöht: Für Ge-lernte auf 81 bis 85 Pf., für Angelernte auf 84 bis 78 Pf., für Angelernte auf 67 bis 70 Pf. und für Ausgelernte auf 68 Pf. Die Löhne der Jugendlichen werden entsprechend um zwei bis fünf Pfennige erhöht.

Behandlung auch für die Kaliindustrie. Am Donnerstag kam in dem Verhandlung für die Kaliindustrie nach langwierigen Verhandlungen eine Vereinbarung zwischen den Parteien zustande, welche eine Lohnenerhöhung um durch-schnittlich 15 Prozent vorsieht.

Die Todesfahrt im D-Zug.

Insgesamt 24 Tote. — Ursache unbekannt. — Schreckliche Szenen.

Die Zahl der bei der Eisenbahnkatastrophe bei Siegelssdorf Getöteten hat sich bisher auf 24 erhöht; der schwerverletzte Lokomotivführer Johann Schöder aus Aschaffenburg und die Frau eines Schlossers Protzengener sind in ihren schweren Verletzungen erlegen. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht einwandfrei festgestellt. Der Lokomotivführer hat, wie festgestellt worden ist, die Geschwindigkeit an der Unglücksstelle ordnungsmäßig vermindert, und auch die Signale und Weichen des Bahnhofs Siegelssdorf haben vorchriftsmäßig funktioniert. Die Kriminalpolizei hat ihre Ermittlungen auch nach der Richtung genommen, ob die Katastrophe die Folge eines Anschlages war; sie stützt sich dabei auf die Aussagen des Eisenbahnpersonals, wonach die Strecke, die ganz neu erbaut war und erst vor drei Monaten in Betrieb genommen ist, vollkommen in Ordnung war. Der Unfallort bietet ein Bild grauenhafter Verwüstung. Der Bahndamm ist an der Unglücksstelle, kurz hinter dem Ort Siegelssdorf, etwa 5 bis 7 Meter hoch. Das Gefälle der Lokomotive befand sich nach dem Unfall in der Richtung von Ost nach West, während das Oberteil von West nach Ost wies. Die der Lokomotive folgenden Wagen waren gestürzt und hatten sich über ihr gestaut. Wie dünnes Eis waren die Fahrzeuge dabei zertrümmert worden. Der vierte Wagen wurde vollkommen zerstört. Die Passagiere des fünften Wagens sind zum größten Teil durch den aus der Lokomotive ausströmenden Dampf verbrüht worden. Nur die beiden Schlafwagen blieben unversehrt.

Bei den Rettungsarbeiten spielten sich entsetzliche Szenen ab. In einem Abteil war ein junges Mädchen zusammen mit einem 65jährigen Werkmeister aus Würzburg eingeklemmt. Das Mädchen stieß furchtbare Hilferufe aus. Nach mühseliger Arbeit hatten die Rettungsmannschaften die Kammer befreit. Aber auch jetzt war es noch nicht möglich, zu beiden Eingeshloffenen vorzudringen, da der Weg zu ihnen durch fünf Leichen versperrt war. Die Leichen mußten auf die gleiche Weise zertrümmert werden, um dem jungen Mädchen das Leben zu retten. Dann erst gelang es nach abermaliger mühseliger Arbeit, die Eingeshloffenen zu retten. Der Führer des Zuges war bei dem Stoß der Lokomotive recht schwer abgesehrt, so daß er mit leichten Verletzungen davonkam. Man fand ihn auf einer nahegelegenen Wiese liegend, wo er ständig die Worte vor sich hin murmelte: „Ich will nichts mehr wissen, ich will nichts mehr wissen“. Bei der Durchsichtung der Leichen fand man bei einem der Opfer, einer Frau von Lupin, 40 000 Mark in barem Gelde.

Im Krankenhaus Fürth liegen sechs Schwerverletzte; unter ihnen befinden sich eine Hauptmannsgattin Bechtel aus Siegelssdorf, eine Gerichtsratsgattin Paula von Wied, die Schwester Erna Hilf aus München, der Eisenbahnassistent aus Ottobrunn, der Lokomotivführer Siechguir aus Würzburg und der Lokomotivführer Johann Schöder aus Aschaffenburg.

Bisher ergebnislose Untersuchung.

Die am Montag von maßgebenden Vertretern der Reichsbahn-Gesellschaft eingeleitete Untersuchung

über die Ursache des Eisenbahnunglücks bei Siegelssdorf haben bisher zu einem Ergebnis nicht geführt. In einer vorläufigen amtlichen Mitteilung über den Stand der Untersuchung wird folgendes verlautbart: „Nach wie vor muß auch die Möglichkeit offen gehalten werden, daß die Entgleisung durch einen Eingriff von außen entweder entstanden oder in ganz besonderem Maße verstärkt worden ist.“

Inzwischen sind die Namen sämtlicher 24 Toten festgestellt worden. Außer den schon gemeldeten Fahrgästen sind als Opfer der Katastrophe geborgen: die Frau des Verwaltungssekretärs Kaiser-München (der Gatte ist ebenfalls tot), die Telephonistin Frau Emma Muder-München, Frau Gabriele Biovarsch aus Jelnica in der Tschechoslowakei (der Gatte ist ebenfalls tot) und Fräulein Anna Haarländer, kaufmännische Angestellte aus München. In den Krankenhäusern von Nürnberg und Fürth befinden sich zurzeit noch fünf Schwer- und neun Leichtverletzte.

Die Räumungsarbeiten an der Unglücksstätte werden voraussichtlich noch mindestens vierzehn Tage in Anspruch nehmen. Auf der Station Siegelssdorf wird bis dahin ein eingleisiger Betrieb durchgeführt.

Ein Justizmord vereitelt.



Der Maurer Leister aus dem Ahndorfe Bremen wurde vor vier Jahren wegen angeblicher Ermordung seiner Frau auf Grund eines Indizienbeweises zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt. Im Wiedereröffnungsverfahren wurde das frühere Urteil aufgehoben und Leister freigesprochen.

Attentat eines Parlamentarikers.

Dem preußischen Landtagsabgeordneten Verlahe (Wirtschaftspartei) gelang es am Sonntag, auf dem Müggelsee zwei Kuderer, deren Boot umgeschlagen war, und die verzweifelt gegen den Wellenschlag ankämpften mit seinem Motorboot vom Tode des Ertrinkens zu erretten.

Schreckenstat einer Mutter.

In Leipzig vergiftete am Montag nachmittag eine Frau in der Denkmalsallee ihren achtjährigen Knaben mit Veronal und öffnete sich dann mit einem Rasiermesser die Pulsadern. Die Frau liegt schwerverletzt darnieder. Die Gründe zu der Schreckenstat sind unbekannt.

Schwerer Hagelschlag in der Umgebung Münchens.

In der Umgebung Münchens, vor allem im Starnberg, in der Gegend von Deisenhofen, sowie bis in die Gegend des Starnberger Sees und des Würmtales, richtete am Sonntag nachmittag starker Hagel Schlag großen Schaden an. Die Schloßen fielen in der Größe von Hühnersteinen, viele Ausflieger erlitten blutende Kopf- und Handverletzungen. Tausende von Fenster Scheiben sind zertrümmert worden. Viele Dächer wurden durchgeschlagen. In den Gemüsegärten richtete das Unwetter besonders große Verwüstungen an. Auf weite Strecken sind die Bäume entlaubt worden.

Tödlicher Fallschirmabsprung.

Bei einer Flugveranstaltung auf dem Flugplatz Schaeferhaus ereignete sich ein tödlicher Unglücksfall. Als der Flugführer Rnies einen Fallschirmabsprung aus 400 Meter Höhe vollführen wollte, entfesselte sich aus noch nicht geklärten Gründen der Fallschirm nicht und Rnies stürzte tödlich ab.

Dauernder Radioverkehr mit der „Italia“

Die „Citta di Milano“ hat nach der Meldung eines Berliner Blattes am Montag abend folgende funkentelegraphische Nachricht an die in drei Teile zerlegte Besatzung der „Italia“ gerichtet: „Teile euch mit, daß von Italien ein Hydroplan S. 55 mit Maddalena abgegangen ist. Morgen geht ein Dornier-Wal mit Major Peno ab. Von Archangel ist ein russischer Eisbrecher mit zwei Apparaten unterwegs. Ein anderer großer russischer Eisbrecher ist zur Abreise fertig. Eine schwedische Expedition mit drei Apparaten Unterstützung ist nach Ringsbay unterwegs. Die „Hobby“ ist erst jetzt bei Gowere und Banga freigegeben worden mit Larfen und zwei kleinen Apparaten. Wir hoffen, sie wird so weit östlich vordringen können, daß Larfen einen Flug ausführen und jeden Augenblick bis zu euch gelangen kann. Die „Hobby“ hat zwei Hundebespanne. Erfülle meine Pflicht, herzlichen Gruß von Mailand zu übermitteln. Wir bitten, jetzt die folgenden von der italienischen Regierung gewünschten Angaben zu liefern: 1. Die Namen der drei, die auf das Land zumarschieren, den Tag und den Punkt ihres Abmarsches und Angaben, ob bewaffnet und für wieviel Tage Lebensmittel. 2. den Namen des Gelehrten, der bei euch ist. 3. die Namen der Verwundeten und ihren Zustand. 4. eure Position am heutigen Tage. Wir empfehlen euch kurze Antworten, um mit euren Akkumulatoren zu sparen. Wir versichern, daß alles, was möglich ist, von uns mit ganzem Herzen und ganzer Seele geschieht. „Citta di Milano“.

Die Mannschaft der „Italia“ hat inzwischen der „Citta di Milano“ nochmals ihre genaue Positionsbestimmung übermittelt. Es bleibt danach dabei, daß sich die Mannschaft 40 bzw. 30 Kilometer östlich der Insel Fozyn befindet, und zwar nicht nur in zwei, sondern in drei Teile zerrissen ist. Von der dritten Gruppe soll man nicht genau wissen, wo sie sich befindet. Sie hat sich angeblich bereits seit Tagen in der Richtung auf das Land in Marsch gesetzt. Voraussichtlich dürfte sie jedoch auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, da sich auf den Eisflächen viele offene Spalten befinden.

Aus Rom wird gemeldet, daß in den dortigen amtlichen Kreisen wenig Hoffnung auf eine Rettung der „Italia“-Mannschaft besteht. Man ist dort davon überzeugt, daß die Angaben des Generals Mobile über die Positionsbestimmung der nicht in seiner unmittelbaren Nähe befindlichen beiden Gruppen seiner Mannschaften nur auf einer Kalkulation beruhen und die führerlose Hülle infolge der zu verzeichnenden starken Winde und Stürme viel weiter fortgetrieben sein kann, als es bisher verlautete. Andererseits nimmt man an, daß die Luftschiffhülle und das Innengestell für einen Aufenthalt längere Zeit guten Schutz bieten. General Mobile hat inzwischen um rasche Entsendung von gutem Schuhwerk, Medikamenten und Raufschuhbooten ersucht.

Der italienische Geschäftsträger in Moskau ersuchte am Montag die Sowjetregierung um Auftrage seiner Regierung, zur Rettung Nobiles einen Eisbrecher nach Spitzbergen zu entsenden. Dem größten Eisbrecher der Sowjetunion ist inzwischen Befehl erteilt worden, sich sofort für die Abfahrt nach Spitzbergen bereit zu machen.

Skandal-Affäre in München.

Wie seinerzeit gemeldet, hatte die Münchener Polizei eine Münchener Beamtengattin verhaftet, die unter dem Vorzeichen hoher Gewinnbeteiligungen an auswärtigen Unternehmungen einer Reihe von Personen nahezu 100 000 Mark abgeschwindelt hat. Bekanntlich hielt sich die Beamtengattin drei Rennpferde, ein eigenes Automobil, und führte ein großes Leben. Nunmehr hat die Untersuchung eine überraschende Wendung genommen, indem das Verfahren auch auf den Ehemann, den Kriminalkommissar Ludwig Schnell ausgedehnt wurde, der bereits bei der Verhaftung seiner Frau seines Dienstes enthoben worden war und dann selbst um Verhaftung in den Ruhestand nachgedacht hatte.

Stuttat eines Geistesgestörten.

Eine Tragödie hat sich Montag vormittag im Stadteil Volkmarssdorf bei Leipzig zugetragen. Dort schug ein 44 Jahre alter Fräiser, bei dem sich in der letzten Zeit wiederholt Anzeichen von Geistesgestörtheit bemerkbar machten, seiner im Bett liegenden Ehefrau mit einem Hammer auf den Kopf. Die Frau konnte sich aber durch Flucht retten. Der Fräiser versuchte dann, sich die Kehle mit einem Dolch zu durchschneiden. Er und seine Frau wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Der Mann ist jetzt noch bewußtlos.

Folgeschwerer Dampferzusammenstoß auf dem Dnjepr.

Nach Meldungen aus Kiew stieß auf dem Dnjepr der Dampfer „Lenin“ mit dem Dampfer „Worowski“ zusammen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Dampfer „Worowski“ sofort sank. Dabei kamen Personen ums Leben.

Schweres Eisenbahnunglück im Staate Missouri.

Wie aus Oxford im Staate Missouri gemeldet wurde, wurden bei einem Eisenbahnunglück, zweieinhalb Meilen von Oxford entfernt, dreißig Personen verletzt, davon sechs schwer. Der Zustand mehrerer von ihnen ist lebensgefährlich.

Orkan über Ungarn.

In dem südlichen Teil des ungarischen Komitats Szabolcs, an der südslowakischen Grenze, hat ein furchtbarer Orkan binnen wenigen Minuten die gesamte Ernte vernichtet. Das Unwetter ist das größte seit Jahrzehnten. Einige Blitze hinterließen Trichter, als wenn schwere Artilleriegeschosse eingeschlagen hätten. Nach den bisherigen Feststellungen wurden Personen getötet, zwei Einwohner haben durch den Orkan die Sprache verloren.

Ein Lastauto den Abhang hinuntergestürzt.

In Herbede stürzte ein mit Bergleuten besetztes Lastauto, als es einem Hundegefährt ausweichen wollte, den Abhang hinunter. Vier Bergleute wurden schwer, ein leicht verletzt. Nach Anlegung von Notverbänden brachte man die Verletzten ins Wittecher Krankenhaus.

Vierfacher Mord und Selbstmord.

Am Montag tötete in Osterweddingen bei Magdeburg ein 41jähriger Feuerwehrmann eine Kriegerwitwe, bei der er seit 1919 wohnte, ferner deren vierzehnjährige Tochter. Seine beiden eigenen Kinder, ein fünfzehnjähriges Mädchen und ein sechzehnjährigen Sohn, verwundete er schwer, sodas keine Rettung besteht, sie am Leben zu erhalten. Der Täter wurde im Selbstmord erhängt aufgefunden.

Strassenbahn gegen Autolastwagen.

In der Nähe des Bahnhofes Berlin-Röpenick stieß am Montag ein Wagen der Strassenbahn mit voller Wucht auf einen Autolastzug der Kommunisten zusammen. Vier Personen wurden dabei verletzt. 4 Kommunisten wurden dabei so schwere Verletzungen, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Die Ursache des Unglücks ist noch unbekannt.

Ein Wirbelsturm bedt 106 Häuser ab.

Im Gouvernement Iwerdecke ein Wirbelsturm bedt 100 Häuser ab. Zahllose Telegraphenstationen wurden zerstört. Die Eisenbahnverbindung ist gekört.

Die Eisenbahnkatastrophe bei Nürnberg.

In der Nacht vom 9. zum 10. Juni ist der D-Zug München-Frankfurt a. M. beim Bahnhof Siegelssdorf, 18 Kilometer von Nürnberg entfernt, entgleist. 23 Tote und 18 Verletzte waren die Opfer.



Arbeiter-Sport

Deutschland — Belgien 6 : 1 (1 : 0).

Vor etwa 10 000 Zuschauern ging am Sonntag der Fußball-Weltkampf zwischen einer belgischen und deutschen Arbeiter-Sport-Mannschaft in Stuttgart vor sich. Das technisch vollkommene Spiel endete mit dem Sieg der deutschen Mannschaft von 6 : 1 (Halbzeit 1 : 0 für Deutschland). Das Spiel wurde insbesondere von der deutschen Mannschaft äußerst geschickt geführt.

Der Dresdener Sportverein (ehemaliger Bundesfußballmeister) spielte am 9. Juni in Basel 3 : 3 unentschieden.

Die Breslauer Volksschulen im Dienste des bürgerlichen Sports.

Unter der Heberschrift „10 000 Knaben und Mädchen im Breslauer Stadion“, veröffentlichte die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ unter dem 4. Juni folgende Notiz, die folgendes enthält:

Am Sonntag, den 1. Juli, werden sich die Vertreter der einzelnen Ortsgruppen aus dem Reiche in Breslau anlässlich der Tagung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen zusammenfinden. Bei dieser Gelegenheit sollen im Breslauer Stadion sportliche Wettkämpfe stattfinden, an denen sich neben den Studenten und Studenteninnen, die Schüler der höheren Lehranstalten beteiligen werden, für die das Breslauer Stadtkomitee für Leibesübungen einen silbernen Stafettenlauf als Wanderpreis gestiftet hat. Daneben sollen Freiübungen von je 3000 Knaben und Mädchen aus sämtlichen Breslauer Schulen geboten werden. Die Oberleitung liegt in den Händen von Stadtkomrat Mühlner, der von Oberturnlehrer Eder und Gymnasialturnlehrer Krawtzen unterstützt wird.

Zunächst muß festgestellt werden, daß der Reichsausschuss für Leibesübungen die Spitzenorganisation der bürgerlichen Sportverbände, u. a. der schwarz-weiß-roten Deutschen Turnerschaft darstellt, in dessen Breslauer Ortsgruppe der städtische Beamte, Stadtkomrat Mühlner, ein sehr einflussreiches Mitglied ist.

Es wäre nicht zu sagen, wenn die 10 000 Knaben und Mädchen aus den Kinder-Abteilungen der Breslauer bürgerlichen Turn- und Sportvereine zu dieser Veranstaltung herangezogen worden wären.

Die 10 000 Knaben und Mädchen aber sind Schüler der Breslauer Volksschulen, die sich fast ausschließlich aus Angehörigen der Breslauer Arbeiterklasse zusammensetzen.

Und darum ist es unverständlich, daß man Arbeiterkinder, die sich zu einem großen Teile in den Breslauer Arbeiter-Sportvereinen als Mitglieder befinden, zur Stafette für die bürgerliche Sportveranstaltung heranzieht.

Nach unentbehrlicher erscheint es, daß ein händlicher Beamter, wie Stadtkomrat Mühlner, der die Verhältnisse doch eingesehen haben muß, seine Hand dazu bietet.

Die Arbeiterklasse ist grundsätzlich Gegner aller Ehrenpreise. Trotzdem muß den Arbeiterkern mitgeteilt werden, daß auch selbst bei dieser Veranstaltung mit allerlei Kleinigkeiten umzugehen ist. Und zwar hat man nur für Schüler der höheren Lehranstalten städtische Ehrenpreise gestiftet.

An dieser Stelle muß auch einmal deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß der Umgang mit den Ehrenpreisen der Stadt Breslau ein Ende haben muß. Das dafür ausgemessene Geld, das zu einem Teil von der Feuerkasse der Arbeiterklasse aufgebracht werden muß, sollte besser zu anderen Dingen verwendet werden.

Die Breslauer Arbeiterklasse aber hält ihre Kinder am 1. Juli dem Rummel im Stadion fern und schickt sie an diesem Tage auf die Sportplätze der Arbeitervereine.

Am 24. Juni werden die Arbeiter-Sportorganisationen anlässlich des Reichs-Arbeiter-Sporttages Proben ihres Könnens im Breslauer Stadion ablegen.

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau, C. S. Alle erwachsenen männlichen Mitglieder folgender Vereine treffen sich am Donnerstag, abends 8 Uhr, Talienstraße, vor der Liebigshöhe: Arbeiter-Radfahrer, Arbeiter-Schützen, Naturfreunde, Arbeiter-Schachverein, Ebermanniten, Arbeiter-Stenographen und Arbeiter-Angler. Die Vereinsvorsitzenden oder die technischen Leiter vorstehender Vereine sind bereits um 7 1/2 Uhr da.

Freie Turnerschaft Breslau, Vereins-Jugendfunktionäre. Donnerstag, den 14. Juni, bei Köpcke, Luisenstraße, um 20 Uhr, Sitzung, Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Neugestaltung unseres geistigen und technischen Zusammenarbeitens, 3. Bericht über den 8. und 10. Männer-Abteilung wird besonders aufgeführt, ihren Obmann zu entlassen.

2. Männer-Abteilung. Die Karten vom Pfingsttreffen müssen morgen auf dem Turnboden abgeholt werden. Das Stück kostet 50 Pfennig. Mittwoch, Helmschwiebe, endgültige Aufstellung der Stafettenmannschaft.

6. Abteilung, Freitag, den 15. Juni, abends 9 Uhr, Abteilungsversammlung bei Altmann, Meyer Straße.

7. Männer-Abteilung, Freitag, den 15. Juni, nach dem Turnen wichtige Versammlung sämtlicher Handballspieler und Leichtathleten bei Hermann Kirche, Frankfurter Straße, Dienstag Training zum Straßenlauf im Eigenpark, Abmarsch 7 Uhr von der Halle. Mittwoch Training der Männer-Staffette auf dem 2. S. W. Platz. Die Vereins sämtlicher Handballmannschaften sind sofort abzugeben.

1. und 2. Frauen-Abteilung. Zu den Abteilungsgruppen im Circus stellt jede Abteilung 25 erwachsene Turnerinnen.

Turnerinnen-Kreislaufschule. Bei der Sonnabend-Veranstaltung im Circus Sulich (23. Juni) wird die Kreislaufschule erücht, am Schluß mitsumachen. Auf-Streitübungen werden geübt.

Freie Turnerschaft Breslau-Zimmer, heut Dienstag, den 12. Juni, 19.30 Uhr: Ansetzen aller aktiven wie passiven Mitglieder zum Wettbewerb an der Friedrich-Ebert-Schule.

Fußballpartei, Schiedsrichter-Vereinigung. Für das am 13. Juni, 18 Uhr, feigende Aufnahmefest der Stadtmannschaft auf dem Sportplatz, fungieren als Linienrichter folgende Gezeiten: Tränkel, König, Malek und Springer. Schiedsrichter ist Genosse Bismack (Stern). Treffpunkt 17.15 Uhr bei Grotzer, Frankfurter Straße 112.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau. Die fällige Sportausübung findet Mittwoch, den 13. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal von C. Böhm, Jabornstraße, Ecke Lorenzstraße, statt. Vorstandsversammlung Mittwoch, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im selben Lokal. 4. Abteilung, Donnerstag, den 14. Juni, findet eine Abendtour nach Klein-Maschwitz statt. Start um 6 1/2 Uhr abends Waterloo-Platz.

Kordob-Festlichkeit, Begrüßung, Brück, 25 erwachsene Genossen in Soerenbadstraße, 7. Abteilung, 25 Genossen in Soerenbadstraße. Alle Mitbeteiligten. Die Vereine oder Abteilungen haben die vorstehenden Angaben genau zu beachten. Die Generalprobe Mittwoch, den 20. Juni (Circus Sulich). Turnstunden müssen jeweils pünktlich erscheinen. Es werden noch eine Anzahl jugendlicher Genossen gebraucht.

1. Arbeiter-Kasler-Verein Breslau, C. S. Donnerstag, den 14. Juni, Werberversammlung, 19.30 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses mit einleitendem Vortrag und Angelseräte-Ausstellung.

Freie Turnerschaft, Dienstag, den 12. Juni, treffen wir uns um 7 Uhr in Döwitz an Sport und Spiel.

Arbeiter-Schützenklub, Mittwoch, 20 Uhr: Fällige Mitgliederversammlung im Turmhof, Neue Antonienstraße 1.

Das Hochwasserproblem rechts der Oder.

Die „Schlesische Provinz-Korrespondenz“ berichtet aus dem Schätzke- und Barzschgebiet:

Die in viele Millionen gehenden Schäden der Hochwasserjahre 1925 bis 1927 sind noch nicht überwunden und schon wieder wurden diese von einer neuen Hochwasserwelle heimgesucht, die sich als Folge der starken Regenfälle während des Pfingstfestes über das geplagte Land ergoß. Tausende von Morgen Weide und Acker wurden unter Wasser gesetzt, und die zu erwartende Ernte z. T. vernichtet z. T. schwer geschädigt.

Seit vielen Jahren arbeiten die Interessenten und die Kreisverwaltung daran, erträgliche Vorflutverhältnisse, besonders im Schätzkegebiet, zu schaffen, um solche Katastrophen nach Möglichkeit zu vermeiden. Während die Regelung der Vorflutverhältnisse im Gebiete der Krumpach und des Stroppe-ner Landgrabens, vielleicht auch des Großen Brückengrabens, wahrscheinlich unlösbar mit dem Problem der Barzschregulierung verknüpft sind, ist es möglich, für das Gebiet der Schätzke die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse sofort so zu regeln. Die Bestrebungen, die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Schätzkegebiet zu bessern, haben im Vorjahre endlich dazu geführt, daß eine Bodenverbesserungsgesellschaft für das obere Schätzkeal im Kreise Trebnitz gegründet werden konnte. Bei der Gründung ist es allerdings geblieben, denn nennenswerte Mittel wurden bisher nicht zur Verfügung gestellt.

Angehts der neuen Hochwasserkatastrophe werden wahrscheinlich wieder staatliche Beihilfen und Steuererleichterungen gefordert werden. Diese helfen aber den geschädigten Landwirten nicht sehr, da ja nur ein kleiner Teil des direkten Schadens erzieht werden kann. Der indirekte Schaden ist weit höher als der direkte. Er entsteht durch die Verjauerung der Böden und durch die Vernichtung der Bakterien in denselben, was auf Jahre hinaus Mindererträge verursacht. Die Hilfe kann dem Landwirt die Lage wohl momentan erleichtern, ihn niemals von dem Ruin retten, falls die Katastrophen so aufeinanderfolgen, wie in den Jahren 1925—28 es der Fall gewesen ist.

Da die durch erneutes Hochwasser hervorgerufenen Schäden allein im Kreise Trebnitz sich bis in die Millionen belaufen können, muß unbedingt gefordert werden, daß mit den Arbeiten zur Regulierung der Schätzke und ihrer Zuflüsse, wie auch der Barzsch nicht mehr allzulange gezögert wird. Bemerkenswerterweise ist das Flussnetz auf dem polnischen Gebiet schon längst reguliert, was zur Folge hat, daß der Abfluss nach den unregulierten deutschen Flussläufen sehr schnell vor sich geht und die Ueberflutungsgefahr steigt.

Teno-Manöver.

Wie staatliche Geäder nutzlos verpulvert werden, zeigte die kürzlich in Obernigk abgehaltene Übung der Technischen Nothilfe, besser gesagt, Streifbrecher-Organisation. Die freiwilligen Feuerwehren von Obernigk, sowie der näheren und weiteren Umgebung wurden ebenfalls zu dem hierfür markierten Waldbrand kommandiert. An der Parkstraße, nach Rieberg zu, wurden Übungen in acht militärischem Stil abgehalten. Das Telephon zum „Großen Hauptquartier“ nach Rieberg durfte natürlich auch nicht fehlen. Man wählte sich auf dem Manöverfeld. Die unvermerkten Gulaschkanonen waren ebenfalls zur Stelle. Am Nachmittag sollte das am Vormittag Gehörte und Gesehene praktisch angewendet werden. Zum Glück brannte der Winter nicht so wie er sollte; wer weiß, was sonst hätte passieren können. Die von angeblich sachmännlicher Seite den Nothelfern gegebenen Instruktionen waren vielen Feuerwehrlenten, die im Sommer alle Augenblicke zum Löschen von Waldbränden auszurücken müssen, derart mit Jägerlatzeln vermischt, daß sie es vorzogen, beizugehen „auszurücken“.

Provokation ausländischer Gäste.

Die Nacht am Rhein als Tafelmusik.

Vom Magistrat Waldenburg waren die in Breslau versammelten Teilnehmer der Internationalen Tagung des Verbandes der Leiter städtischer Fuhrpark- und Straßenreinigungsbetriebe nach Waldenburg eingeladen worden. Leider begegnete man den sehr zahlreichen ausländischen Gästen nicht mit dem notwendigen Taktgefühl.

Nach dem Festessen, das von der Stadtverwaltung gegeben wurde, intonierete die Kapelle auf Wunsch eines deutschen Teilnehmers pöliglich „Die Nacht am Rhein“. Die ausländischen Gäste hörten sich das chauvinistische Lied stillschweigend an und waren wesentlich höflicher als die Deutschen. Sie erhoben sich mit einem großen Teil der Besucher von ihren Plätzen. Der Vorfall wirkte begreiflicherweise vernimmend auf die ausländischen Teilnehmer, die das Zusammensein vorzeitig abbrachen.

Waldenburg, Errichtung eines Arbeitsamtes. Das Stadtkorrespondenzkollegium beschloß in einer Sitzung zur Errichtung eines Arbeitsamtes die Herabgabe eines Bauplatzes von 4000 Quadratmeter Größe in der Nähe der Sportplätze im Stadtteil Neu-Waldenburg. Gebaut wird das Arbeitsamt von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung. Mit dem Bau soll in kurzer Zeit begonnen werden. Zur Inangriffnahme sowie zur Fortführung von Wohnungs- und Straßenbauten genehmigte man die Aufnahme einer Anleihe von 950 000 Mark.

Hirshberg, Ueberführung des toten Fliegereis in die Heimat. Der bei dem Anfall des Pfingstflugzeuges Prag-Wartha am vergangenen Dienstag verunglückte Bordmechaniker wurde mit der Eisenbahn über Deutschland nach seiner Heimat Polen überführt. Von den Haberrücken des Flugzeuges wurden die Metallenteile abgenommen und ebenfalls verladen. Den übrigen Bruch ließ man liegen.

Koblenz, Feuer in einem Sägewerk. Infolge Kurzschlusses am Motor brach im Sägewerk Baumert Feuer aus. Es entstand beträchtlicher Schaden.

Pöppers, Pöts, Schloßer, Bon Betrunknenen er-schlagen. In einer Getreidewirtschaft kam es hier zwischen Betrunknenen zu einem Streit. Der Gastwirt, der den Streit klären wollte, wurde dabei erschlagen, ebenso seine Frau, als sie zur Hilfe eilen wollte. Die Betrunknenen nahmen dann die beiden Leichen mit in den Saal des Gasthauses und legten das Erntegeld angedrückt der Leichen fort, bis sie durch Polizeibeamte zerstreut wurden.

Aus der Umgebung.

Kreis-Feuerwehr-Verbandstag.

Ein Kreis-Feuerwehverband Breslau-Stadt.

Der diesjährige Feuerwehr-Verbandstag des Kreises Breslau fand am Sonntag im „Bürgergarten“ Breslau-De... statt. Nach dem Empfang der Gäste wurde die freiwillige Feuerwehr und deren Schaulübungen wurde unter Leitung der Verbandsvorsitzenden, Fabrikdirektor Kelling die Verbandstagsung abgehalten.

Zunächst erstattete Kreisbrandmeister Thilo den Jahresbericht des Verbandes, aus dem hervorging, daß im Berichtsjahre eine freiwillige Wehr (Weidenhof) und eine Anzahl neuer Mitglieder hinzugekommen sind, so daß der Verband nunmehr 25 freiwillige und 2 Werkwehren mit insgesamt 857 Mitgliedern zählt. An Lösch- und Rettungsgeschäften sind ein Kreisautomobil vier Automobil- und acht Motorspritzen, ferner 84 Handwagenspritzen vorhanden. Bei 28 Bränden wurde die Wehr zu Hilfe gerufen. Alle Brände konnten auf ihren Herd beschränkt und ein weiteres Ausbreiten des Feuers verhindert werden. Eine Anzahl von Übungen und Revisionen fanden im Berichtsjahre statt. Neue Aufgaben wurden dem Verband durch die Eingemeindung einer Anzahl Orte des Landkreises in das Breslauer Stadtgebiet gestellt. Zum Schluß richtete der Berichterstatter einen Appell an die gutbedachte Versammlung, den Feuerschutz, namentlich den Orten rechts der Oder, zu vervollkommen. Aus dem Kassierbericht war zu entnehmen, daß der Verband vom Kreise 590 Mark unterstützt wurde, und 377 Mark an Beiträgen eingegangen sind.

Anschließend erfolgte die Bildung des Kreisfeuerwehverbandes Breslau-Stadt, dem zunächst 10 Wehren angehören und dem auf Wunsch der Versammlung Herr Kelling noch ein weiteres Jahr als Vorsitzender vorsteht. Den Landkreis-Verband wurde Herr Riedel-Kattien als Vorsitzender, die Herren Blatsch und Thum-Tschornig als Schriftführer gewählt. Der Ehrenvorsitz wurde Herrn Kelling übertragen, der bereits seit 16 Jahren als Vorsitzender des Verbandes fungierte.

Branddirektor Dr. Kasper-Breslau begrüßte die Wehren der eingemeindeten Ortschaften und übernimmt sie in die Obhut des Breslauer Magistrats. Alsdann wurde eine Anzahl von Verdienstabzeichen für 10-, 15- und 20jährige Mitgliedschaft und Tätigkeit, sowie Erinnerungsgaben an auscheidende Vorstandsmitglieder verteilt. Ein weiterer Tagesordnungspunkt bildete demnächst in Breslau stattfindende Reichsfeuerwehrtage. Zum nächsten Tagungsort wurde Brodau bestimmt. Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen wurde der Verbandstag geschlossen.

Am Nachmittage fand ein Übungsalarm, in Verbindung mit einigen Nachbarwehren und der Berufswehr Breslau statt.

Kreis Neumarkt

Ein dummer Jungenstreich.

Der „unpolitische“ Beigeordnete lacht, wenn Kreisbeamte öffentlich lächerlich gemacht werden.

Aus Neumarkt wird uns geschrieben:

Die Wahlmanöver der bürgerlichen Parteien hier im Kreis waren nicht besonders geistvoll. Man bemühte sich lebhaft in allerhand Wahlmanövern, die mit der Reichspolitik ebenbürtig zu tun hatten, wie mit der Politik im Kreise und tobt sich in persönlichen Angriffen aus. Insbesondere sollte der „kurz“ ein Zugstich der gegnerischen Wahlpropaganda werden. Die Lehrer- und Elternschaft des Kreises Neumarkt erkannte ebenfalls, daß mit diesem unehrlichen Vorgehen sogenannter gebildeter Kreise nur ein Mann unmöglich gemacht werden sollte, in der deutschen Republik, von der er kein Gehalt empfängt, offener Republikaner sein zu dürfen. Der 20. Mai, an dem der 3. Juni hat den Herrschaften die Dultung gegeben. Kreis-Schulrat Genosse Kurz ist trotz der Belämpfung in den Kreisen eingezogen.

Man glauben manche, daß, nachdem man auf der rechten Seite ergebnislos geschuftet hat, das Theater eingestellt würde. Weit gefehlt! Dumme Jungen nahmen eine Bismarckbüste und stellten durch Aufhebung eines Hutes, Tabakpfeife und sonstige Ausschmückung usw. die Person des Kreis-Schulrats Dr. Kurz dar. Damit das Hebelnütz von jederman bewundert werden konnten, stellten sie ihre geistvolle Arbeit auf eine Vissassäule des Dörferinges, in unmittelbarer Nähe des Landratsamtes. Unser „unpolitischer“ Beigeordnete Hallisch stand schmunzelnd vor dieser Vissassäule, die Hände in den Taschen und freute sich herzlich über diese Verunglimpfung. Eigentlich hätte er zwar veranlassen müssen, daß diese Büste entfernt und daß die Büsten geholt werden. Aber es war ja ein „Noter!“ Wie hätte er wohl gehandelt, wenn Anhänger von links ihn oder seinen lieben „unpolitischen“ Freund und Weggenossen Herrn Keil so der Dürftigkeit zugänglich gemacht hätten. Wer „unpolitisch“ sein will, aber seiner durchaus politischen Freude so Ausbruch gibt, ist nichts als ein Pariaer. Es wird vermutet, daß die Urheber dieses geistvollen Scherzes unter den Schülern des Gymnasiums zu suchen sind. Aufklärung wäre daher sehr erwünscht.

Wochenbericht

des Kreisarbeitsnachweises Neumarkt.

31. Mai bis 6. Juni.

Die Vermittlungstätigkeit war in der Berichtswochen... als in der Vorwoche. Trotzdem ist eine wesentliche Veränderung in der Arbeitsmarktlage nicht eingetreten, da 118 Abhängen Unterstützungsempfänger 52 Zugänge gegenübrstanden. In der Landwirtschaft besteht weiter großer Mangel an Arbeitskräften beiderlei Geschlechts. Die Schlesische Cellulose- und Papierfabrik Maltch a. O. hat einige Arbeiterkräfte eingekauft. Mehrere Arbeitslose konnten in Baubetriebe und bei Lohnarbeit wechselnder Art Beschäftigung finden. Eine Kinderärztin wurde im zwischenstaatlichen Ausgleich durch das Arbeitsamt Breslau für den hiesigen Bezirk vermittelt.

Neumarkt. Der Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen hielt am vergangenen Sonntag eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. In einem einfindigen Referat zeichnete Kollege Wagner die Forderungen auf, die die Arbeitsopfer Deutschlands an den neuen Reichstag stellen. Anschließend behandelte er die neue Renten-erhöhung und die bestehenden Rücksätze. Unter Berücksichtigung lokalen örtliche Angelegenheiten zur Besprechung. Nach Zustimmung und Aufnahme neuer Mitglieder konnte die anregende Versammlung geschlossen werden.

Zum Alltag u. zum Feste

bleibt Christ's Brot

... doch das Beste!

... händig für unsere Zeitung!